



# WESTFALENHÜTTE DORTMUND A.G.

MITTEILUNGSBLATT · NR. 6 · JUNI 1951 · 3. JAHRGANG



# Unsere Badeanstalt

Durch zweckentsprechende Bade- und Bestrahlungsbehandlung ist dem Arzt die Möglichkeit gegeben, eine ganze Reihe von Erkrankungen in ihrem Ablauf günstig zu beeinflussen, ihre Dauer zu verkürzen und oft auch Eintritt von Arbeitsunfähigkeit zu vermeiden.

Diese Sachlage veranlaßte uns, eine eigene Anlage für Bäder, Bestrahlungen und Inhalationen einzurichten. Zunächst hatten wir nur eine Höhensonne und im Keller unter



Geschäftsführung

den Geschäftsräumen einige Badewannen. Ein Heilgehilfe und eine Schwester verwalteten diesen Betrieb. Die Entwicklung in der Medizin machte aber bald eine erhebliche Vergrößerung des Betriebes notwendig, und so wurde im Jahre 1936 die Badeanstalt mit Bestrahlungsanlagen und Inhalatorium in der heutigen Form gebaut. Heute sind 2 Heilgehilfen, 1 Schwester, 2 Masseusen und 2 Badefrauen dort den ganzen Tag im Interesse der Gesundheit unserer Mitglieder tätig.

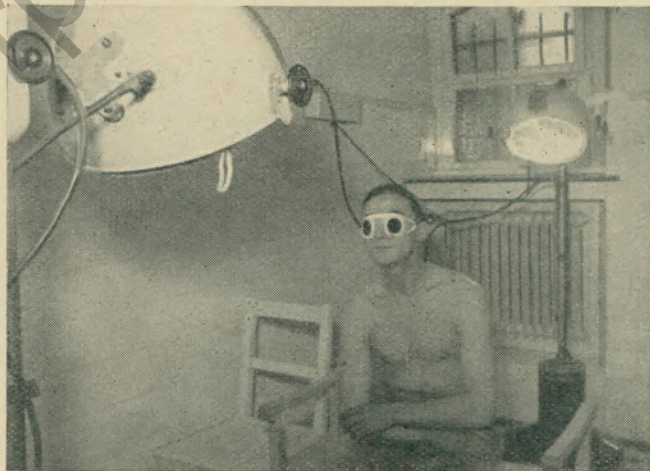
Überblicken wir die vielen in unserer Badeabteilung vorhandenen Behandlungsmöglichkeiten, so fällt auf, daß es sich in den meisten Fällen um Wärmeanwendung in den verschiedensten Formen handelt. Bei den Krankheiten, die am ehesten auf eine Bade- oder Bestrahlungsbehandlung ansprechen, handelt es sich um Entzündungen (der Gelenke, Muskeln, Nerven, Körperhöhlen, der Bauchorgane usw.) oder um örtliche Stoffwechselstörungen, wie z. B. beim Muskelrheuma. Eine Steigerung der Durchblutung der erkrankten Organe läßt in der Regel eine raschere Wiedergesundung erwarten.



Zahlschalter

Bei der Höhensonnenbestrahlung handelt es sich um die Anwendung der ultravioletten Strahlung, die auch im Sonnenlicht enthalten ist. Diese Strahlen zeigen nur eine geringe Eindringtiefe. Schon die Fensterscheiben fangen den ultravioletten Teil des Sonnenlichtes ab. In unseren Breiten enthält die Strahlung der Wintersonne nur ganz wenig ultraviolettes Licht, da infolge des spitzen Einfallswinkels des Lichts die dicke zu durchdringende Luftschicht genügt, diese Strahlen abzufangen. Im Industriegebiet lagert dazu noch eine Ruß- und Kohlenstaubmasse von vielen hundert Zentnern dauernd in der Luft, so daß selbst im Sommer ein großer Prozentsatz der ultravioletten Strahlung hierdurch verlorengeht. Durch die Höhensonne sind wir gewissermaßen, was die genannte Strahlenart angeht, von der Sonne unabhängig geworden. Infolge ihrer stark wachstumsfördernden Wirkung wird sie angewandt beim Kleinkind zur Verhütung der Rachitis, ferner bei körperlichen Erschöpfungszuständen, in der Rekonvaleszenz sowie bei bestimmten Formen von Hauterkrankungen. Selbst der gesunde Mensch kann sich dieser Strahlenart vorteilhaft bedienen. Im Arbeitsphysiologischen Institut in Dortmund wurde in eingehenden Untersuchungen festgestellt, daß bei genügend langer Dauer der Bestrahlung eine echte Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit bis zu 60 Prozent eintritt. Gerade in den sonnenarmen Monaten sollte von der Höhensonnenbestrahlung viel mehr Gebrauch gemacht werden. Gefährlich sind die ultravioletten Strahlen nur für Tuberkulöse und Kranke mit Blutdrucksteigerung.

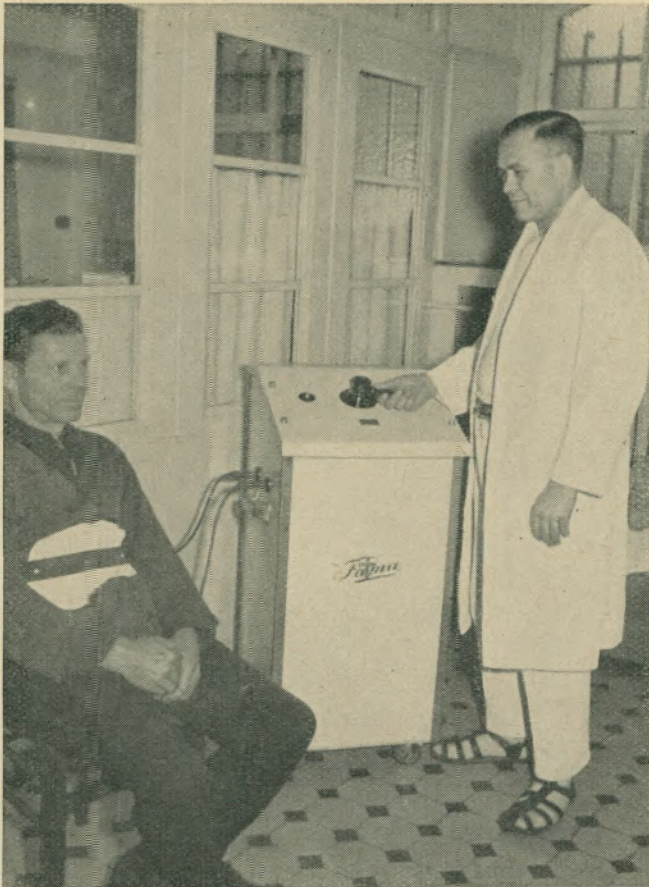
Wir haben 4 Höhensonnen in Betrieb, zu denen in Kürze eine weitere kommt. Außerdem wird eine Zentralthöhensonne in einem besonderen Raum eingerichtet, unter der bis zu 30 Personen gleichzeitig bestrahlt werden. Diese soll hauptsächlich bei gesunden Menschen zum Zwecke einer Steigerung der Leistungsfähigkeit angewendet werden. Im



Höhensonne

Jahre 1950 gaben wir 3033 Höhensonnenbestrahlungen ab, die einen Wert von 2729,70 DM darstellen. Nach Inbetriebnahme der Zentralthöhensonne wird sich diese Zahl noch ganz erheblich erhöhen.

Bei der Kurzwellenbestrahlung wird ein hochfrequenter Strom über zwei Elektroden durch den menschlichen Körper geleitet, wobei der Körper als Widerstand wirkt und sich infolgedessen erwärmt. Durch entsprechende Anbringung der Elektroden läßt sich eine gezielte Wirkung erreichen, was von besonderem Vorteil ist. Die Folge der Erwärmung ist vermehrte Durchblutung und damit Belebung des Stoffwechsels. Das Anwendungsgebiet der Kurzwellen ist sehr groß. Alle Entzündungen und besonders auch Restzustände derselben, wie Verschwartungen im Rippenfellraum nach Rippenfellentzündung, verzögert sich lösende Lungenentzündung, Gelenk- und Nervenentzündungen, aber auch Geschwürsbildungen im Magen-Darmkanal und Gallenblasenentzündung werden erfolgreich angegangen. Ohne Einfluß oder sogar von ungünstiger Wirkung ist die Kurzwellenbestrahlung bei Tuberkulose.



Kurzweile

Wir verfügen in unserer Anstalt über 4 Kurzwellenapparate, von denen einer zur gleichzeitigen Behandlung von 2 Personen geeignet ist. Leider werden wir 2 dieser Apparate, die mit Funkenstrecken arbeiten, stillsetzen müssen, weil sie beim Rundfunkempfang störend wirken. Diese Apparate waren uns besonders wertvoll, weil sie gegen die in unserem Betrieb unvermeidlichen Stromschwankungen unempfindlich waren. Wir werden also in Zukunft ganz auf die zwar wirksamen, aber empfindlichen Apparate mit Röhren angewiesen sein. Unsere Kurzwellenapparate wurden 1950 9900mal in Anspruch genommen. Das entspricht einem Wert von 11 880 DM. Sehr häufig werden Kurzwellen in Verbindung mit Massagen verordnet.

Der Ultraviolettbestrahlung steht die Ultrarot- oder Langwellenbestrahlung gegenüber. Es handelt sich dabei um eine nicht sichtbare, auch in der Sonnenstrahlung vorkommende Strahlenart, die ausgesprochene Wärmeempfindung und -wirkung auslöst. Sie hat eine wesentlich stärkere Eindringtiefe als die Ultraviolettstrahlung. Eine gezielte Wärmeanwendung bei an oder wenig unter der Körperfläche liegenden Krankheitsprozessen ist durch Bündelung ermöglicht. Furunkel, Karbunkel, Lymphdrüsenentzündungen, Nasennebenhöhlenentzündungen und Gelenksprozesse werden günstig beeinflusst. Die Strahlung der Solluxlampe enthält nahezu alle im natürlichen Sonnenlicht vorkommenden

Strahlen. Ihr Anwendungsgebiet deckt sich im wesentlichen mit dem des Langwellenstrahlers.

In unserer Badeanstalt stehen 2 Langwellenlampen und zwei Solluxlampen zur Verfügung. Sie wurden in 9640 Fällen in Anspruch genommen, die einen Wert von 9640 DM haben.

Bei den Lichtbädern wird der Körper oder der erkrankte Körperteil unter Abschluß nach außen der gewöhnlichen Wärmeeinwirkung elektrischer Glühlampen ausgesetzt,



Solluxlampe

wobei eine kräftige Durchblutung der Haut erzeugt wird. Sie werden — meist in Verbindung mit Massage — bei den verschiedenen Rheumaformen, Gelenk- und Nervenentzündungen und in Form des Kopflichtbades auch bei Nasennebenhöhlenentzündung angewandt. Beim Schwitzbad wird der ganze Körper mit Ausschluß des Kopfes dieser Lichteinwirkung ausgesetzt, wodurch eine enorme Schweißabsonderung, die bis zu mehreren Litern betragen kann, hervorgerufen wird. Hierbei wird die Organfunktion der Haut — diese ist ja keinesfalls nur eine Schutzdecke nach außen — angesprochen. Mit dem Schweiß werden Ballast- und Giftstoffe ausgeschwemmt, so daß ein solches Bad eine gute Hilfe bei Stoffwechselstörung sein kann. Auch Erkältungs-



Inhalation

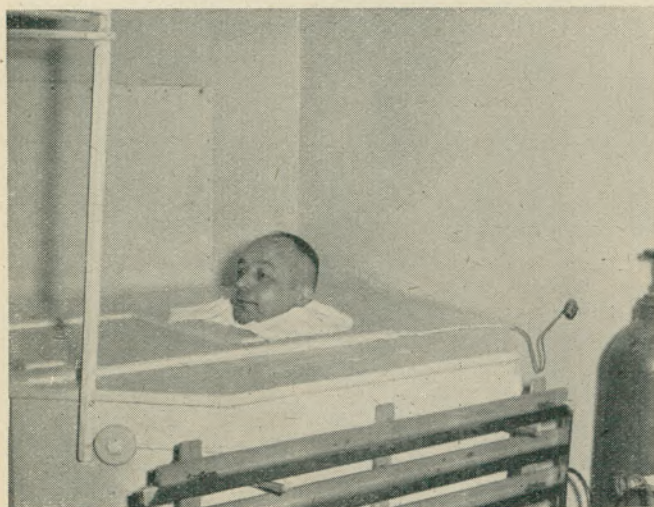


Kurzweile

krankheiten der Luftwege werden meistens günstig beeinflusst. Der mit Schuppenflechte Behaftete sollte zumindest einen Versuch, diese hartnäckig sonst meist unbeeinflussbare Krankheit zu mildern, machen, wenn er nicht gleich die Sauna, die ja nichts anderes als ein großes Schwitzbad darstellt, anwenden will. Der Herzkranken darf wegen der erheblichen Belastung des Kreislaufes das Schwitzbad nicht benutzen.

Unser Schwitzbad erfreut sich großer Beliebtheit, wenngleich es nicht so häufig in Anspruch genommen wurde wie die anderen Bäder. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß diese Bäder besonders anstrengend sind. Sie wurden 1950 in 115 Fällen in Anspruch genommen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 172,50 DM.

Die Massage stellt in geübter Hand eine wertvolle Hilfe in der Behandlung mannigfacher Erkrankungen dar. Sie wird angewandt bei Muskelrheumatismus, Gelenk- und Nervenentzündungen, bei Teillähmungen zur Verhinderung des Muskelschwunds, in der Nachbehandlung von Brüchen und Verrenkungen. Aber auch bei Erkrankungen der Leber und des Magens sowie des Herzens kann durch Massage der sogenannten Reflexzonen, Hautgebieten, die den einzelnen Organen nervös zugeordnet sind, eine Besserung erzielt werden. Wer allerdings glaubt, sein im Übermaß angelagertes Fett durch Ganzmassagen wegschaffen zu können, unterliegt einem Irrtum. Eher büßt der Masseur einige



Schwitzbad

Pfunde dabei ein, denn gute Massage ist mit erheblichem Kraftaufwand verbunden.

Es hat keinen Sinn, sogenannte „Schlankheitsbäder“ zu nehmen, sich dann massieren zu lassen, um eine Gewichtsabnahme zu erzielen und anschließend mit Schlagsahne und ähnlichen leckeren Dingen das Gewicht noch zu erhöhen. Für solche Zwecke ist unsere Badeanstalt nicht da und auch nicht geeignet. Patienten dieser Art belasten nur unnütz den



Schaumbad

Betrieb und verursachen für die wirklich Kranken unnötig lange Wartezeiten.

Abgesehen von solchen Fällen sind aber gerade die Massagen von großem Vorteil für unsere Kranken. Diese Möglichkeit wird auch am allermeisten in Anspruch genommen. Wir führten 1950 11 484 Massagen im Werte von 6 890,40 DM aus.

Bei der Verabreichung von Bädern mit Moor, Salhumin sowie bei Fangopackungen wird neben der Wärmeanwendung die Wirkung der Humussäure, die eine Lösung von Stoffwechselschlacken im Gewebe hervorruft, ausgenutzt. Anwendungsgebiete sind Entzündung der Gelenke einschließlich deformierender Gelenkentzündung, Nervenentzündung, Unterleibsleiden. Sole-, Schwefel- und Thermalbäder haben ein ähnliches Anwendungsgebiet, das sich auf bestimmte Formen von Herzkrankheiten und chronischen Katarrhen der oberen Luftwege sowie Hautkrankheiten ausdehnen läßt. Das Fichtennadelbad hat eine belebende und anregende Wirkung, das Brom-Baldrianbad bringt dem Nervös-Erschöpften Beruhigung. Das Kohlensäure- wie auch das Schaumbad erwirkt eine Kapillarerweiterung der Hautgefäße, deren Atem- und Ausscheidungsfähigkeit damit belebt wird. Sie werden deswegen mit Erfolg bei gewissen Formen von Kreislauf-, Nieren- und allgemeinen Stoffwechselschäden angewandt.

Unsere Bäder werden so häufig in Anspruch genommen, daß wir oft in Verlegenheit kommen, wie wir unsere Mitglieder ohne allzu langes Warten bedienen können. Wir haben deshalb außer den hierzu besonders eingerichteten Badezellen noch in anderen geeigneten Räumen Badewannen aufgestellt und verfügen z. Z. über acht Bäder, die fast den ganzen Tag sämtlich besetzt sind. Im Jahre 1950 wurden 6098 Bäder



Rube

der verschiedensten Art abgegeben, deren Wert sich auf 9 147,— DM stellt.

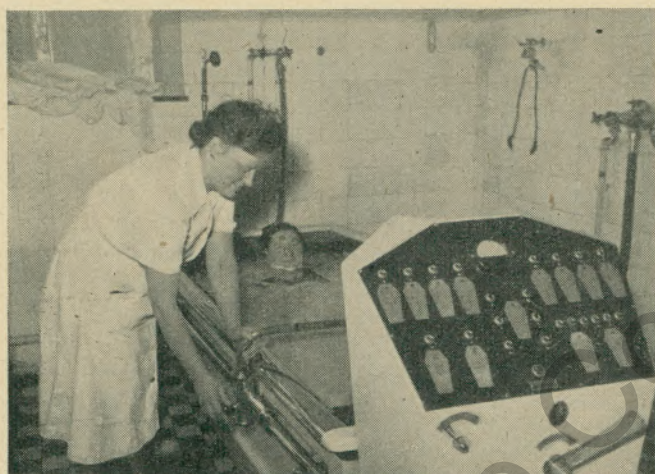
Die Inhalationsanlage gestattet mit den verschiedenen Inhalaten sowohl entzündliche Erkrankungen der oberen Luftwege (Rachen- und Kehlkopfkatarrh, Luftröhren- und Bronchialkatarrh) zu beeinflussen wie auch Krampfstörungen (Bronchialasthma) zu bessern und zu beseitigen.

Wir besitzen drei Inhalationsapparate, mit denen alle vom Arzt verordneten Heilmittel inhaliert werden können. Leider wird diese für die Gesunderhaltung so wertvolle Einrichtung nicht im wünschenswerten Ausmaß in Anspruch genommen. Die Zahl der abgegebenen Inhalationen betrug im Jahre 1950 674 und stellte einen Wert von 404,70 DM dar.

Das Stangerbad stellt eine besondere Form der Anwendung des elektrischen Stromes dar. Ein niedrig gespannter Gleichstrom von ziemlicher Stärke wird in einem Bad mit besonderem Badezusatz über Elektroden durch den erkrankten Körperteil geleitet. Durch vermehrte Durchblutung wird eine Belebung des Stoffwechsels erreicht. Außerdem wirken sich über den Badezusatz mit dem elektrischen Strom in den Körper eindringende Substanzen günstig aus. Anwendungsgebiete des Stangerbades sind alle entzündlichen und degenerativen Erkrankungen des Nervensystems, insbesondere die Ischias, alle rheumatischen Erkrankungen der Muskeln und Gelenke, deformierende Gelenkentzündungen, Unterleibsleiden, Bronchialasthma u. a.

Unser Stangerbad wurde infolge dieser günstigen Wirkungen so stark in Anspruch genommen, daß wir mit dem vorhandenen einen Bad nicht mehr auskamen und ein weiteres Bad in Betrieb genommen haben. 3525 Stangerbäder im Werte von 10 575,— DM wurden im Jahre 1950 abgegeben, und es wird für die nächste Zeit noch mit einer erheblichen Steigerung zu rechnen sein.

Beim Ultraschall wird der Körper in Berührung mit einem hochfrequenten Schallfeld gebracht. Die Wirkungsweise ist noch nicht völlig geklärt, im wesentlichen scheint es sich dabei um eine Mikromassage des Gewebes mit lokaler Er-



Stangerbad

wärmung infolge Durchblutungssteigerung zu handeln. Anwendungsgebiete sind Nervenentzündungen, chronischer Gelenk- und Muskelrheumatismus, Unterschenkelgeschwüre. Das Ultraschallgerät befindet sich nicht in den Räumen unserer Badeanstalt. Infolge der großen Kräfte, die diese Bestrahlungsart entwickelte, hielten wir es für richtiger, dieses Gerät unmittelbar der Aufsicht des Arztes zu unterstellen und haben es deshalb in der Dienststelle des Werkarztes aufgestellt. Im Jahre 1950 wurde das Gerät 1063mal angewendet.

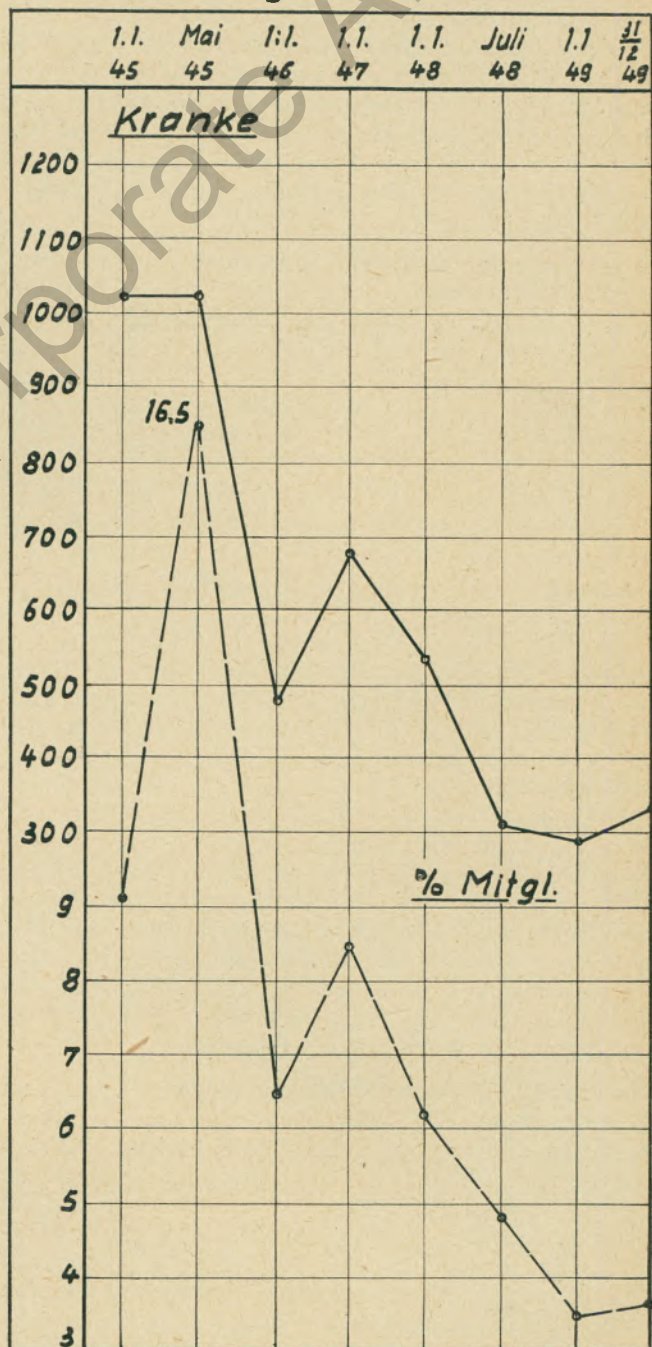
Es ist unzweckmäßig, wenn die Patienten nach Inanspruchnahme der Heilmittel, insbesondere nach Bädern, gleich wieder die Badeanstalt verlassen. Zur Wirkung eines Heilbades gehört unbedingt eine sich dicht an das Bad anschließende Ruhe. Wir hatten aus diesem Grunde vier Ruhebetten eingerichtet, deren Zahl jetzt noch um fünf auf neun vermehrt wurde. Unseren Mitgliedern wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, nach Heilbädern von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen.

Selbstverständlich sind alle diese Einrichtungen auch mit hohen Unkosten verbunden, und sie lohnen sich nur, wenn sie voll und ganz ausgenutzt werden. Aus diesem Grunde kann es sich unsere Betriebskrankenkasse, die die laufenden Kosten zu tragen hat, nicht erlauben, für ihre Mitglieder darüber hinaus noch die Inanspruchnahme fremder Einrichtungen auf ihre Kosten zu gestatten. Dies ist nur in ganz seltenen Ausnahmefällen möglich, und es wird bei der Beurteilung, ob nicht unsere Badeanstalt benutzt werden kann,

ein sehr strenger Maßstab angelegt. Es ist auch nicht nötig, zu einer anderen Einrichtung zu gehen, denn wir haben die modernsten Einrichtungen, die wir immer auf dem laufenden halten, und ein besonders ausgesuchtes, aufs beste geschultes Personal. Die vielen dankbaren Patienten, die sich über unsere Badeanstalt lobend äußerten, beweisen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir sind auch mit der Gewährung von Bädern, Behandlungen und Inhalationen in unserer eigenen Einrichtung sehr großzügig und gewähren jede Behandlung ohne besondere Nachprüfung der Notwendigkeit. Eine ärztliche Bescheinigung allerdings müssen wir verlangen, denn ohne eine solche könnte zu leicht einmal eine falsche Behandlung angewandt werden, die sich unter Umständen sogar schädlich auswirkt.

Wir glauben, daß wir mit dem Betriebe unserer Badeanstalt, der Bestrahlungseinrichtungen und des Inhalatoriums auch an unserem Platze einen Teil zur Gesunderhaltung unserer Belegschaft beitragen und wünschen allen, die sie in Anspruch nehmen müssen, recht gute Besserung und baldige Genesung.

### Arbeitsunfähige Kranke 1945-1949



# Produktions- und Beschäftigungslage

**Die Rohstahlproduktion**, die im allgemeinen die Gesamtlage des Werkes charakterisiert, hat sich seit Februar folgendermaßen entwickelt:

|         |          |
|---------|----------|
| Februar | 78 600 t |
| März    | 90 300 t |
| April   | 95 000 t |
| Mai     | 93 000 t |

Bekanntlich können wir diesen Anstieg nicht als Weiterentwicklung werten, sondern der Februar bedeutet einen Tiefpunkt in unserer Produktion, verursacht durch die im Oktober einsetzende Brennstoffverknappung. Wir haben uns also bis zum April mit Erreichung der früheren Rohstahlproduktion aus der Krise herausgearbeitet.

**Diese Entwicklung bedeutet** im allgemeinen nun nicht, daß der Brennstoffmangel behoben ist, sondern wir konnten uns, beginnend mit dem März, an dem Bezug von USA-Koks so beteiligen, daß die bessere Beschäftigung unserer Hochofenanlage wieder möglich wurde. Infolge der Festlegung einer hohen Kohle- bzw. Koksabfuhr durch die Ruhrbehörde ist die Versorgung mit deutschem Koks nach wie vor — für uns wie für die gesamte deutsche Eisenindustrie — kritisch.

**Ausgewirkt hat sich der Koksmangel** selbstverständlich auf der Roheisen- und damit, was nicht immer klar wird, auf der Seite des Thomasstahls. Das ist ohne weiteres aus den folgenden Zahlen zu ersehen:

|         | Roheisen | Thomas-Rohstahl | SM-Rohstahl |
|---------|----------|-----------------|-------------|
| Februar | 54 000   | 33 100          | 45 500      |
| März    | 65 000   | 41 700          | 48 600      |
| April   | 70 000   | 47 600          | 47 400      |
| Mai     | 70 200   | 49 700          | 43 300      |

Man sieht, daß die Produktion des Thomasstahls dem Einbruch in die Produktion des Hochofens gefolgt ist und sich dementsprechend im April und Mai kräftig erholt hat, wogegen das Martinwerk gerade in den kritischen Monaten eine sehr gute Leistung vollbrachte und damit in den schlechten Monaten zur starken Stütze für unsere gesamte Produktion wurde. Erreicht wurde dies durch die Möglichkeit, längere Zeit mit vier 100-t-Ofen im Martinwerk II zu schmelzen sowie durch fast laufend dort verfahrenene Sonntags-Schmelzschichten. Es muß damit gerechnet werden, daß für die nächsten Monate im Martinwerk II größere Reparaturen durchzuführen sind und damit die Produktion dort nicht auf dem bisherigen Niveau gehalten werden kann.

**Die reinen Rohstahlproduktionszahlen** können nun den Eindruck erwecken, daß wieder dieselben Verhältnisse des vorigen Jahres erreicht sind. Es sind jedoch zwei maßgebliche Faktoren neu, die doch die ganzen inneren Produktionsverhältnisse grundlegend beeinflussen. Dies sind einmal die Lieferverpflichtungen, die sich aus der Verarbeitung von amerikanischem Koks für uns ergeben, zum anderen die gesteigerte Leistungsfähigkeit des Breitbandwalzwerkes und der damit gewach-

sene Bedarf an Rohstahl. Dieser lag bis Ende vorigen Jahres bei 8000 bis 9000 t, jetzt liegt er bei 15 000 bis 16 000 t.

**Die Steigerung der Erzeugung an Breitband** liegt sehr im Interesse der Volkswirtschaft, da es nach der 1945 durchgeführten Demontage des Breitbandwalzwerkes in Dinslaken keine andere derartige deutsche Walzenstraße gibt und da die aus dem Breitband erzeugten Walzprodukte einen erheblichen Engpaß in der verarbeitenden Industrie darstellen. Diese in der Stockheide mehr verarbeitete Menge geht aber zu Lasten unserer Kaliberwalzwerke. Darüber hinaus sind wir für den Bezug von USA-Koks zu Gegenlieferungen verpflichtet, die leider zu einem großen Teil in Halbzeug bestehen, das in dem Werk Hoesch-Hohenlimburg weiterverarbeitet wird.

**Dieses bedeutet also heute**, daß wir unsere Hochöfen und auch das Stahlwerk und die Blockstraßen relativ gut beschäftigen können, daß aber die Versorgung unserer Fertigstraßen zu einem sehr bedenklichen Problem geworden ist, weil hier der Stahl fehlt. Die Fremdkoksmenge ist immerhin etwas über 20 Prozent der Gesamtmenge, und die Halbzeugmengen, die wir mehr liefern müssen, liegen über 5000 t je Monat.

So erklärt es sich auch, daß wir — wie vielen erinnerlich sein wird — gezwungen waren, in der Woche Ende April/Anfang Mai eine ganze Reihe von Feierschichten in den Fertigstraßen einzulegen, während Hochöfen, Stahlwerk und auch die Blockstraßen im Mai voll ausgelastet waren. Die Straße VIII allein hat 14 Tage stillgelegt, und trotzdem haben noch fast alle übrigen Straßen mehr oder weniger ganze Tage gefeiert.

**Damit ist jedoch dieses Problem noch nicht erschöpft.** Es sei nur so viel angedeutet, daß auch die Materialmenge, die nicht in den Export geht, aber aus dem USA-Koks hergestellt wurde, nicht nach unseren eigenen Dispositionen verkauft werden kann. Sie kann also leider unseren alten Kunden nicht zugeführt werden, die mehr denn je auf uns angewiesen sind.

So kann man also kurz die jetzige Situation so darstellen, daß wir bei fast normaler Rohstahlproduktion unsere Fertigstraßen nicht mehr in dem früher gewohnten Umfang beschäftigen können und wir unsere Kundschaft dementsprechend nicht befriedigend beliefern können.

**Dasselbe Bild** ergibt sich übrigens für die übrigen westdeutschen Hüttenwerke, da nicht wir allein USA-Koks beziehen. Die Größenordnung liegt im ganzen bei monatlich 150 000 t Koks, und die entsprechenden Gegenlieferungen, soweit sie direkt in den Export gehen, fehlen der weiterverarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik. Doch muß festgestellt werden, daß durch diese Einfuhr und die Verarbeitung eine große Lücke in der Brennstoffversorgung ausgefüllt werden konnte und damit Arbeitslosigkeit in großem Umfang vermieden wurde. Grundsätzlich ist man auch bestrebt, den Umfang des Exportes so niedrig zu halten, daß gerade die Kosten für die teureren Kohlen in Devisen aufgebracht werden.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung ist leider in absehbarer Zeit kaum mit einer Besserung dieser Verhältnisse zu rechnen. Aus den Zeitungen dürfte bekannt sein, daß die Kohlenexportquote für das III. Quartal — also für Juli bis September — wieder mit 6,2 Mill. t angesetzt ist. Darüber hinaus muß, um für den nächsten Winter eine Katastrophe in der Hausbrandversorgung zu vermeiden, mit einer Bevorratung begonnen werden, die nur der Industrie von ihrer bisherigen Zuteilung abgezogen werden kann. Diese zu erwartende Einschränkung wird kaum durch Erhöhung der USA-Kohlenbezüge für die Industrie ausgeglichen werden können.

Für unser Werk wird man sich natürlich bemühen, eine Einschränkung des Hochofenbetriebes aus Koks-mangel zu vermeiden. Außerdem laufen Bemühungen, durch Hereinnahme von Rohstahl und auch von Halbzeug für Lohnwalzungen die Beschäftigtenlücken weiterhin zu füllen. Hierfür sind vielfache Möglichkeiten geboten, die jedoch wieder mit Verpflichtungen hinsichtlich der Gegenlieferungen verbunden sind.

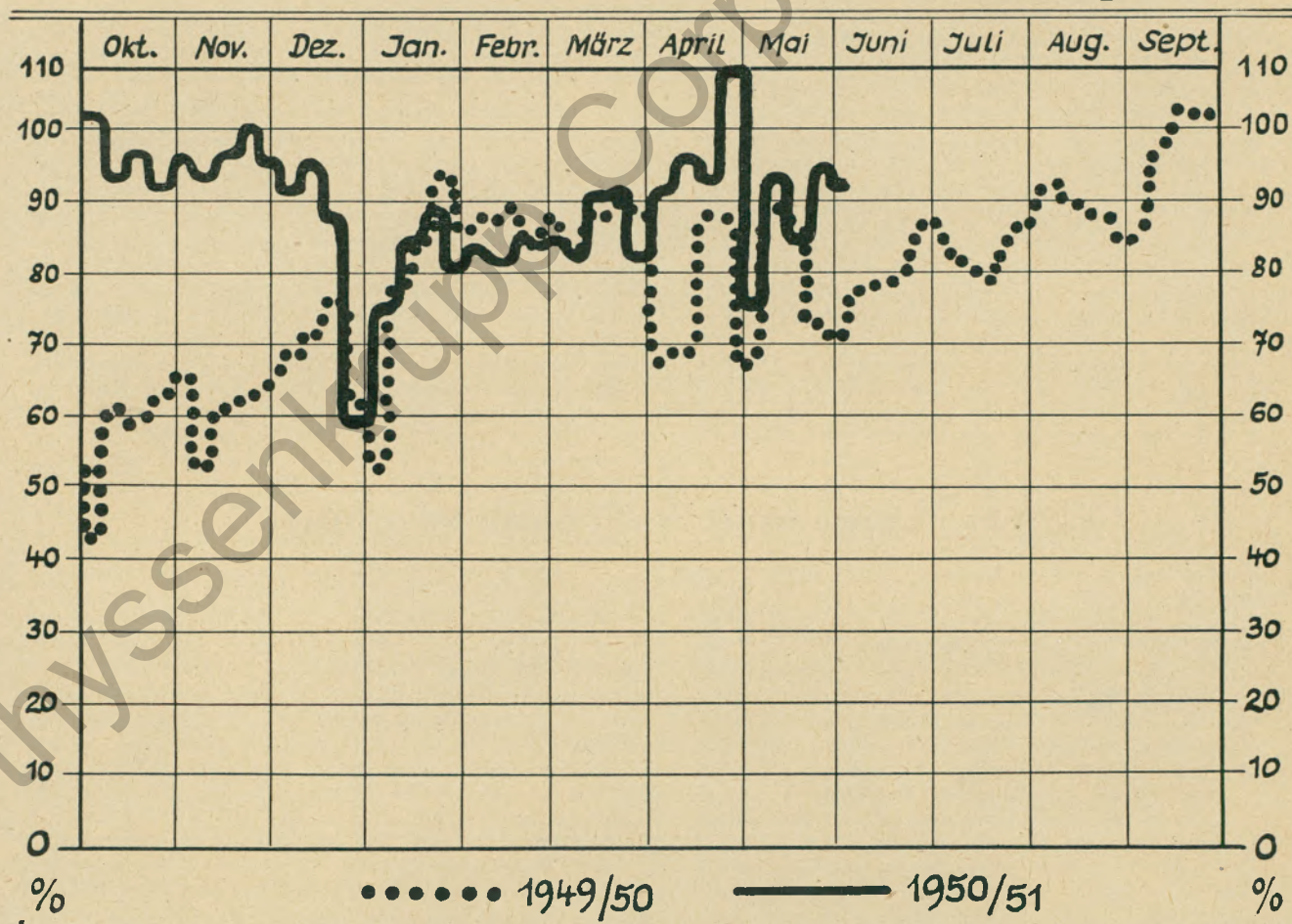
Auch hier läßt sich zu den Verhältnissen unseres Werkes eine ähnliche Entwicklung in der gesamten Wirtschaft absehen. Die deutsche Industrie wird durch

den vorgeschriebenen hohen Export an Brennstoff in der Entwicklung gehindert. Demgegenüber entwickelt sich die Produktion des europäischen Auslandes in ihren modern erstellten Anlagen lebhaft aufwärts, und es ist dabei möglich, daß die deutsche Industrie in der Beschäftigung ihrer weiterverarbeitenden Industrie mehr und mehr von der Versorgung des Auslandes abhängig wird.

Diese Entwicklung, die zur Zeit nur mit Sorge betrachtet werden kann, stellt sehr hohe Ansprüche an den guten Willen auf deutscher Seite, und mangelndes Verständnis auf seiten des Auslandes für die deutschen Verhältnisse muß eine Belastung des Schumanplanes und damit der zukünftigen europäischen Zusammenarbeit bedeuten.

Auf unserem Werk können wir mit einer gewissen Zuversicht die Weiterentwicklung abwarten, weil unser sehr ausgedehntes Produktionsprogramm und die Qualität unserer Erzeugnisse der Beschäftigung eine sichere Grundlage geben. Vor allem sind es die sogenannten „Flachprodukte“, d. h. also Bleche und Band, die ein besonders begehrter Artikel nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt sind. Sollte also ein Umschwung in der Weltkonjunktur-

## Unsere Rohstahlerzeugung



Obige Darstellung zeigt die Rohstahlerzeugung unseres Werkes in den Geschäftsjahren 1949/50 und 1950/51. Als Meßzahl wurde eine Rohstahlerzeugung von 100 000 t monatlich (= 23 769 t wöchentlich) zugrunde gelegt. Die Kurve zeigt, wie sich unsere tatsächliche Rohstahlerzeugung zu dieser angenommenen Meßzahl prozentual verhält.

lage eintreten, für den tatsächlich gewisse Anhaltspunkte vorhanden sind, so dürfte die Nachfrage für einen großen Teil unserer Produkte, wozu besonders auch noch die Drahterzeugnisse zu rechnen sind, weiter anhalten. Darüber hinaus kann man feststellen, daß sich die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe im Laufe der zurückliegenden Zeit verbessert hat. Dies hat sich gerade bei der teilweise notwendigen Einschränkung der Produktion in einzelnen guten Schichtleistungen oft unter Beweis gestellt. Man kann wohl überzeugt sein, daß fast alle Betriebe heute, wenn genügend Material zur

Verfügung stünde, mit Höchstleistungen aufwarten würden, die jetzt auf Grund der nicht ausreichenden Rohstahlversorgung als Monatshöchstleistung nicht in Erscheinung treten.

Trotzdem liegt die dringende Notwendigkeit vor, unsere Betriebe zu modernisieren, wenn wir mit dem europäischen Ausland in Zukunft konkurrieren wollen. Hier ist der erste entscheidende Schritt mit dem Ausbau des Steckelwalzwerkes begonnen worden. Wenn hier die verfügbaren Mittel investiert werden, so wird dies am ehesten zur weiteren Sicherung der Existenzgrundlagen unseres Werkes beitragen.

## Nicht jeder „Unternehmer“ ist ein Unternehmer

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Neue Zeitung“ vom 3. Juni 1951 eine sehr interessante Abhandlung, der wir u. a. entnehmen:

In den Vereinigten Staaten gilt als Unternehmer nur, wer vier bestimmte Faktoren des wirtschaftlichen Lebens erfolgreich im Gleichgewicht hält: Eigentum, Arbeitskräfte, Verbraucher und Staat. Es genügt also nicht, lediglich den Markt mit qualitativ befriedigenden Produkten zu beliefern und Gewinne zu erzielen. Der Hinweis auf das Vollbringen (selbstverständlicher) ökonomischer Leistungen rechtfertigt dort nicht den Begriff „Unternehmer“. So gewogen, würden vermutlich die meisten Unternehmer in Deutschland als zu leicht befunden werden. Das jedenfalls ist das Urteil eines prominenten Mitgliedes des amerikanischen Industrieverbandes . . .

Die Legitimation des Unternehmers besteht danach in der Erfüllung der Aufgabe, aus allen an der Marktwirtschaft beteiligten Menschen Subjekte im Zeitgeschehen zu machen. Darin drückt sich der scharf akzentuierte Gegensatz zu den östlichen Verhältnissen aus, unter denen es lediglich Objekte, unpersönliche Nummern in einem Mehrjahrplan gibt. Das Kardinalproblem besteht mithin in der Notwendigkeit, Wege und für alle Beteiligten akzeptable Formen einer betrieblichen Partnerschaft und Leistungsgemeinschaft zu finden. Soziale Befriedigung wird so lange nicht mehr als ein Programmpunkt, ein Schlagwort für unerfüllte Hoffnungen sein, wie diese Wege im Nebel liegen. Bislang wird die Position des Arbeiters im Arbeitsablauf den modernen Erfordernissen in keiner Weise gerecht. Denn der Arbeiter erscheint als Kostenfaktor in der betrieblichen Kalkulation mit einem ihn in negativer Weise abstempelnden Stigma. Von diesem Odium muß man ihn befreien, zu einer ideo-

logisch-menschlichen Partnerschaft heranziehen, seine Persönlichkeitsentfaltung ermöglichen und fördern. Daneben bedarf es seiner Beteiligung am Erlös . . .

Das Unternehmertum hat im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen die kaum wiederkehrende Gelegenheit, seine Existenz zu festigen (wenn nicht neu zu begründen), indem es den runden Tisch an Stelle des Arbeitstisches des Unternehmers zu seinem Symbol erhebt . . .

Werkzeitschriften und Rundschreiben der Geschäftsleitungen für ihre Betriebsangehörigen gehören bereits zum festen Repertoire in Deutschland. Aber damit ist es nicht getan, das Kernproblem nicht gelöst, die kausale Spannung nicht beseitigt. Der Arbeiter verlangt mit Recht mehr als den Lohn für seine Betätigung. Er will mitwirken, mitdenken, direkten Anteil haben. Subjekt sein statt Objekt. Werkzeitschriften und dergleichen sind Attribut der unternehmerischen Bemühungen; das Betriebsklima bessern sie noch nicht automatisch. Ohne besseres Betriebsklima läßt sich jedoch auf längere Sicht keine Erhöhung der Produktion und der Produktivität erzielen . . .

Man muß die Wirtschaftspolitik endlich vom Ballast der Gegensätze befreien und dem common sense Vorrang einräumen. Das ist ein Programm . . . Je schneller sich das Unternehmertum über ein solches Programm einigt, desto eher werden die unklaren Vorschläge seiner erklärten Gegenspieler vollends verblassen und die mehr von Doktrinen denn von ökonomischen Zweckmäßigkeitserwägungen genährten Sozialisierungspäne ad acta gelegt werden können. Über allem darf nicht vergessen werden, daß es insgesamt vier Faktoren sind, die adäquat ausbalanciert werden wollen, ehe ein „Unternehmer“ wirklich ein Unternehmer ist. An den Gewerkschaften dürfte man bei solchen Absichten Verbündete finden.

## Unternehmer muß Isolierung sprengen

Das war der Leitgedanke eines Vortrages, den Dr. Josef Wünsch, Wirtschafts-Wissenschaftler und praktischer Unternehmer, auf der Jahresversammlung des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie gehalten hat und dem wir folgenden interessanten Abschnitt entnehmen: Man darf nicht übersehen, daß die Schwächung der deutschen Unternehmerposition schon unter dem Nationalsozialismus einsetzte. Der Unternehmer wurde zum Produktionsleiter, zum Führer des Betriebes herabgedrückt, während er weitgehend dem Markt und Wettbewerb entfremdet wurde. Mit den Arisierungen wurde der Eigentumsbegriff geschwächt. Nach dem Kriege wurde im Bereich des gewerblichen Eigentums diese Linie von den Besatzungsmächten fortgesetzt mit umgekehrten Vorzeichen. Deshalb bedarf es einer großen organisierten Bemühung des deutschen Unternehmers, seine Isolierung zu sprengen, um an Volk und Arbeiterschaft, Politik und Wissenschaft

näher heranzukommen und sich zur Geltung zu bringen. Der Unternehmer darf sich nicht von seinen Arbeitern trennen lassen. Die großen sozialen wirtschaftlichen Lösungen und Ausgleichs müssen im Feld der Politik mit der Gewerkschaft gefunden, Hattenheim und Maria-Laach müssen im Prinzip immer wieder versucht werden. Nur im Betriebsleben wird es durch die Schaffung einer guten Atmosphäre möglich sein, die Massen aufzugliedern, zum einzelnen oder zu kleinen Gruppen zu sprechen und mit Verantwortung von unten her aufzubauen. Die Maßnahmen der Verbände, Kammern und großen Unternehmungen sollten noch einheitlicher koordiniert werden. Das verzerrte Unternehmerbild, das als politischer Popanz in der Öffentlichkeit verwandt wird, muß bekämpft werden. Neu zu begründen aber ist die Funktion des Unternehmers im Volksganzen, die bestimmt ist von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verantwortung.

# Technik UND Produktion

## Brennschneiden mit Propan

Infolge geringerer Schneidzeiten und geringeren Sauerstoffverbrauchs ist beim Brennschneiden Acetylen dem Propan kostenmäßig weit überlegen.

## Kreppsohlen und elektrostatische Aufladung

Die gute elektrische Isolierung von Gummi-Kreppsohlen kann sich dahin auswirken, daß schon einige Rutschbewegungen auf einem lackierten Holzstuhl eine Aufladung des Sohlenträgers von 15 bis 20 kV gegen Erde bringen. Bei trockener Luft lassen sich aus den Fingerspritzen Funken bis 8 mm Länge ziehen, die z. B. Schwefelkohlenstoff zur Entzündung bringen. In explosionsgefährdeten Betrieben sind daher solche Sohlen — ebenso wie gut isolierende Gummiteppiche und dgl. — zu vermeiden.

## Mangan aus armen Manganträgern

Auch in Amerika versucht man, der durch Manganknappheit und einem von 5 auf 6,3 kg Mn/t Stahl gestiegenen Verbrauch entstandenen Lage durch Verhütten von Stahlwerks-Schlacken und armen Erzen im Hochofen auf ein Eisen mit 3—4 % Mangan zu begegnen. Dieses Eisen wird dann im sauren Konverter auf eine manganreiche und phosphorarme Schlacke (40—50 % MnO) verblasen, in der das Verhältnis MnO:FeO größer als 4:1 ist, so daß man daraus Ferromangan herstellen kann.

## Automatische Säuberung von Bremsflaschen

Bei einer amerikanischen Bauart weist die Bremstrommel vier Segmente auf, von denen eines aus einem Stoff besteht, der die Bremsoberflächen von verschmierenden Überzügen freihält.

## Sandstrahlen mit Flüssigkeiten

Für die Entfernung von Zunder und Verfärbungen wendet man in USA neuerdings Flüssigkeitsstrahlen an, in denen ein Schleifmittel suspendiert ist.

## Gemeinsame Forschung

Auch im Süden der USA haben eine große Anzahl kleiner Firmen 1945 ein gemeinsames Forschungsinstitut eingerichtet, das den Firmen für die Durchführung kleiner und größerer, theoretischer und praktischer Forschungsprobleme zur Verfügung steht. Die Kosten für solche Untersuchungen schwanken zwischen 100 und 85 000 Dollar. Berechnet wird nur der effektive Aufwand.

## Korrosionsschutz mit Glimmerschichten

Für elektrische Teile, die durch Seeluft oder Industriegase stark korrosiv beansprucht werden, verwendet ein amerikanischer Elektrokonzern ein Dreischicht-Anstrichsystem. Der zähe Grundanstrich besteht aus Zinkchromat und Eisenoxid. Darüber liegt eine mit Glimmerplättchen durchsetzte Schicht, die gegen Feuchtigkeits- und Hitzebeanspruchungen schützt, darüber wieder ein Deckanstrich, der für UV-Strahlen undurchlässig ist.

## Labor-Ofen für 2200°

Für Schmelzversuche wurde in USA ein Laborofen gebaut, dessen Heizelement ein Molybdän-Rohr von 0,125 mm Wand bildet, das von Strahlungsblechen aus Molybdän umgeben ist. Die Lebensdauer des Heizelements beträgt bei 1925° bei einem Stromverbrauch von 3 kVA noch mehr als 150 h. Die Heizzone hält auf 230 mm Länge die Temperatur auf 5° genau ein.

## Amerikanische Ausweichstähle

Niedrig legierte Stähle mit 0,6 % Ni, 0,5 % Cr, 0,2 % Mo und Cr-Mo-Stähle mit 0,9 % Cr, 0,25 % Mo werden jetzt in USA durch borhaltige Stähle mit etwa dem halben Gehalt an Ni, Cr, Mo bei gleicher Härtebarkeit ersetzt.

## Tantal in nichtrostenden Stählen

Das knappe Niob kann in nichtrostenden Stählen wenigstens teilweise durch Tantal ersetzt werden, um Kornzerfall zu verhindern. Es muß aber das verschiedene Molekulargewicht berücksichtigt werden, so daß bei gleichen Mengen Tantal nur die halbe Wirkung wie Niob hat.

## Wirkung von Holzscheiben am Kokillenboden

Ein amerikanisches Werk will die Oberflächenfehler bei Knüppeln durch Verwendung von Holzscheiben über dem Kokillenboden auf die Hälfte gesenkt haben.

## Schwefel- und Phosphorgehalte der Stähle

Aus einer Zusammenstellung über die Schwefelgehalte der Ost-Stahlwerke läßt sich berechnen, daß die Schwefelgehalte der Schmelzen bei den drei SM-Werken Henningsdorf, Riesa und Gröditz und dem Thomaswerk der Maxhütte sehr regelmäßig eine logarithmisch-normale Verteilung aufweisen, wobei die Mittenwerte zwischen 0,032 und 0,038 % S lagen. Die Streufaktoren für die 90%-Streugrenzen lagen in den SM-Werken bei 1,3, im Thomaswerk aber bei 1,6. Die Streufaktoren für den in gleicher Weise verteilten Phosphorgehalt lagen dagegen auf den drei SM-Werken bei 1,7, für das Thomaswerk aber bei nur 1,5.

## Amerikanischer Baustahl

Ein amerikanischer legierter und wärmebehandelter Baustahl weist in Stärken bis 50 mm eine Streckgrenze von 70, eine Festigkeit von 81 kg/qmm bei einer Kurzdehnung von 18 % und einer Einschnürung von 55 % auf. Bei Stärken von 100 bis 150 mm liegen Streckgrenze und Festigkeit um 7 kg/qmm, die Dehnung um 2 % und die Einschnürung um 10 % niedriger. Ein 25-mm-Blech läßt sich noch bei —35° um 90° biegen. Der Stahl ist gut schweißbar bei Erhaltung der Festigkeit.

## Neues Elektrolyt-Eisenpulver

Nach einem neuen Verfahren werden Schrott oder Späne in einem als Anode dienenden Metallbehälter aufgelöst und dann in einer Quecksilberkathode niedergeschlagen. Nach Destillation und Klassierung erhält man ein sehr reines, weiches Pulver mit dendritischer Struktur, das schon bei 700° gesintert werden kann.

## Hoher Auftragsbestand bei den österreichischen Eisen- und Stahlwerken

Die österreichischen Eisen- und Stahlwerke sind nach wie vor auf lange Sicht mit Aufträgen versehen. Vor allem bei Handelseisen gehen die Bestellungen weit über die derzeitigen Liefermöglichkeiten hinaus. Im ersten Quartal d. J. konnte der hohe Produktionsstand weiterhin aufrechterhalten werden. An Roheisen wurden 239 848 t (1. Quartal 1950 dagegen 212 237 t), an Rohstahl 246 189 t (238 718 t), an Walzwerkserzeugnissen 154 381 (145 338 t) erzeugt.

## Luxemburgs Eisen- und Stahlgewinnung

Die luxemburgische Roheisengewinnung ging im April auf 255 613 t gegen 260 713 t im März zurück. Die Stahlerzeugung fiel im gleichen Verhältnis, und zwar von 256 858 t im März auf 250 986 t im April. Wie im März befanden sich 27 von den insgesamt 32 Hochöfen in Betrieb.

## Erhebliche Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion Italiens

Die Produktion der italienischen eisenschaffenden Industrie lag im März 1951 um etwa 23 % höher als im Monatsdurchschnitt 1950. Die Rohstahlproduktion erreichte 237 663 t (gegen 202 836 t im März 1950), die Roheisenproduktion 66 941 t (37 019 t), wovon 11 700 t für Gießereizwecke und 55 241 t für die Stahlerzeugung bestimmt waren. Die Produktion an warmgewalzten Erzeugnissen betrug 199 078 t (162 925 t im März 1950). An Ferrolegierungen wurden 6903 t (3448 t) erzeugt.

## Die Lage der schwedischen Eisen- und Stahlwirtschaft

Der schwedische Export von Eisenerz hat sich vom ersten Quartal 1950 zum gleichen Zeitraum dieses Jahres von 1 956 000 t auf 2 605 000 t, derjenige von Stahl und Eisen von 38 000 t auf 61 800 t, von Roheisen von 7 000 t auf 17 400 t und von Schmiedeeisen und Schmiedestahl von 25 800 t auf 34 000 t erhöht, teilt die Vereinigung der schwedischen Eisenwerke (Järnverksföreningen) in ihrem neuesten Bericht mit.

## Drei-Meter-Grobblechwalze in Hörde

Die modernste Anlage ihrer Art in der Welt soll die Kombination von Grobblechstraße und Brammen-Walzwerk im Hüttenwerk Hörde werden. Der als Ersatz für die demonitierte Fünf-Meter-Straße begonnene Bau einer Drei-Meter-Grobblechstraße wird eine monatliche Leistung von 18 000 t haben und dürfte im September 1952 in Betrieb genommen werden. Durch den Vorbau der bereits projektierten Brammen-Blockstraße kann diese Leistung auf 30 000 t gesteigert werden. Das Brammen-Walzwerk wird wahrscheinlich 1953 die Produktion aufnehmen können.

# Blick IN DIE PRESSE

## Politik um Stahl

Die Eisenindustrie, die von allen deutschen Industriezweigen am stärksten angeschlagen ist, muß den umfassendsten und kühnsten Vorschlag einer raum- und industriegewirtschaftlichen Neuordnung hinnehmen, den Schuman-Plan. Sie ist nicht gerade begeistert von diesem Plan. Das kann man verstehen, denn groß ist die Gefahr, daß diese Industrie gegenüber der französischen Industrie ins Hintertreffen kommt. Innenpolitisch muß sich die Eisenindustrie mit einem anderen, ähnlich radikalen Strukturingriff abfinden: mit dem Mitbestimmungsrecht. Auch hier kann man eine begeisterte Zustimmung kaum erwarten. Die führenden Köpfe der Industrie scheinen sich aber dessen bewußt zu sein, daß eine Obstruktion gegenüber dieser Entwicklung, die den Staat, wirtschaftlich betrachtet, zu einem Mitbestimmungsstaat macht, zu bald und zu leicht zu ähnlichen Konsequenzen führen könnte, wie der von einigen Industriellen einst geübte Widerstand gegenüber dem Wohlfahrtsstaat der Weimarer Zeit, nämlich zu denen eines autoritären Staates, dessen Farben dann dunkelrot sein würden. Die Eisenindustrie wird, wie der Vorsitzende ihres Verbandes, Bruno Fugmann, in Düsseldorf erklärte, diesen Weg der Mitbestimmung gehen in der Hoffnung auf eine harmonische Zusammenarbeit und in der Erwartung, daß sich alle der großen Verantwortung und der hohen Verpflichtungen für das Gesamtwohl bewußt sind. So scheint es, daß uns an der Ruhr die Atmosphäre der sozialen Ausgeglichenheit erhalten bleibt. (Die Welt, Hamburg.)

## Bremsklötze an der Ruhr

Während in Paris Besprechungen über die Auflösung der internationalen Ruhrbehörde begannen, beschloß die Ruhrbehörde in Düsseldorf, daß das deutsche Ausfuhrkontingent an Kohlen im dritten Quartal unverändert 6,2 Millionen Tonnen betragen soll. Vielleicht wird dieser Beschluß der letzte dieser Art sein. Aber dann wird man kaum sagen können, daß es ein kluger Abschluß gewesen ist. Die Maßnahmen der Ruhrbehörde sind durch den Auftrag und durch den Ausgangspunkt belastet. Sie muß primär die Verteilung, nicht die Produktion regeln und erscheint allen, die diese Kohlen fördern oder wegen Mangels an Kohlen Not leiden, als ein Organ des Besatzungsrechts, das durch zwangswirtschaftliche Eingriffe nicht nur die Kohlen nimmt, sondern auch zugleich die Produktion und die Arbeitslust hemmt. Not täte es, den Kräften, die mehr Kohlen fördern sollen, einen Impuls zu geben, um durch eine Mehrförderung die Lage zu entspannen. Jeder weiß, sei es der junge Kumpel oder der Bergassessor oder die Hausfrau, daß wir Kohlen wie auch andere Waren ausführen müssen, um die Einfuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln zu bezahlen, und daß wir dank diesem Geschäft Zehntausenden Arbeit und Brot geben können. Aber muß dieser Export zu Lasten der deutschen Wirtschaft gehen? Können wir Höchstleistungen erwarten, wenn ein erheblicher Teil der Kohlenförderung zu künstlich niedriggehaltenen Preisen, bei denen jede weitere Tonne praktisch verschenkt wird, ans Ausland zwangsweise geliefert wird, während in Deutschland viele Wohnungen kalt bleiben und Fabriken wegen Kohlenmangels kurzarbeiten müssen? (Die Welt, Hamburg.)

## Europas Produktion in stetiger Steigerung begriffen

Das Jahr 1950 habe für Europa als Ganzes gesehen eine stetige Produktionssteigerung gebracht, heißt es in dem Wirtschaftsbericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) für 1950. Die industrielle Produktion sei um 13 Prozent höher als 1949. Im einzelnen seien die Textilherzeugung um 13 Prozent, die Stahlerzeugung um 10 Prozent, die Kohlenförderung um 2 Prozent und der Tonnageraum der Handelsflotte um 16 Prozent gestiegen. Dagegen habe die landwirtschaftliche Erzeugung immer noch um 6 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten fünf Vorkriegsjahre gelegen. Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik wird in dem ECE-Jahresbericht einer scharfen Kritik unterzogen. Westdeutschland habe zwar im Jahre 1950 seinen Anteil an der europäischen industriellen Gesamterzeugung von knapp 8 Prozent im Jahre 1947 auf 15 Prozent steigern können, gegen Jahresende seien aber die „schwachen Stellen“ im

Fundament des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbaues offenbar geworden. Mehr als andere europäische Länder leide Westdeutschland unter einem unorganischen Wachstum der verschiedenen Industriesektoren. Die Bundesregierung habe bisher nichts getan, um die Produktionsausweitung durch eine planvolle Investitionspolitik in die erwünschten Bahnen zu leiten. Eine „Anomalie der Lage“ sei es, daß Westdeutschland einerseits noch stark von der ERP-Hilfe abhängig sei und seinen EZU-Kredit überzogen habe, während es ihm andererseits gelungen sei, seinen Ernährungsstandard dem britischen anzugleichen und fast als einziges europäisches Land seit der Koreakrise Rohstoffreserven anzulegen. (Neue Zeitung, München.)

## Der Lebensstandard

Der durchschnittliche Monatsverdienst von Männern und Frauen zusammen genommen beläuft sich gegenwärtig in Westdeutschland auf nicht einmal 250 DM, wobei das Statistische Bundesamt für Männer einen Durchschnitt von 268,15 DM und für Frauen einen solchen von 162,80 DM errechnet hat. Über 60 Prozent aller Einkommen liegen nach dieser Ermittlung unter 300 DM. Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines vierköpfigen Haushalts beliefen sich demgegenüber im letzten Vierteljahr 1950 auf 320,76 DM. Nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung halten sich also Verdienst und Lebenshaltungskosten gerade noch die Waage. Der größte Teil der Bevölkerung lebt also buchstäblich von der Hand in den Mund. (Hamburger Echo.)

## Was wird nun mit den Preisen?

„Die Einzelhandelspreise werden sich im laufenden Jahr in der Welt voraussichtlich allgemein erhöhen“, heißt es in einem Bericht des General-Direktors des internationalen Arbeitsamtes, David A. Morse (USA). — „Ich gebe Brief und Siegel, daß die Preise fallen werden“, sagte am Mittwoch Bundeswirtschaftsminister Erhard in Heidelberg. Zwei Fachleute, aber zwei verschiedene Antworten. Morse denkt: Die politische Unsicherheit hält an. Das Rüstungsprogramm der Amerikaner und der westlichen Welt wird die Wirtschaft noch auf Jahre bestimmen. Dafür braucht man Rohstoffe, auch neue Fabriken. Es kann sein, daß die Rohstoffpreise etwas von ihren Spekulationsspitzen abfallen. Trotzdem werden sie auch in Zukunft relativ hoch bleiben. Und weiter: Es werden erheblich mehr Löhne und Gehälter gezahlt, die Beschäftigung grenzt an Vollbeschäftigung, aber diese Beschäftigten stellen zum großen Teil Güter her, die — sofern sie nicht in Korea platzen — auf Eis gelegt werden. Eine größere Lohnsumme trifft also auf eine geringere Menge von Verbrauchsgütern. Auch das pflegt die Preise nach oben zu treiben. David Morse hätte danach also recht. — Erhard dagegen: Die Korea-Konjunktur klingt ab. Die Rohstoffpreise fallen, wie ich es seinerzeit prophezeit habe. Schon heute stehen Industrie und Handel unter einem Verkaufsdruck. Die Läger sind überfüllt. Der Absatz stockt bei den Herstellern wie beim Handel, weil die Kaufpsychose überwunden ist; mehr vielleicht, weil die Sparkonten abgehoben, die Strümpfe leer sind und die Kreditmöglichkeiten bis zur Neige ausgeschöpft wurden. Man steht heute mehr Schlange nach Kredit als nach Waren. Industrie und Handel möchten mehr verkaufen, als sie verkaufen können. Alle Berichte der Industrie- und Handelskammer und Meldungen aus der Wirtschaft bestätigen diese Tendenz. Der Großhandel berichtet, daß der Einzelhandel vielfach zu seinen, des Großhandels, Einstandspreisen verkaufe; trotzdem noch Rückgänge der Umsätze in allen Branchen. Dieser Wettbewerb, so denkt Erhard, wird die Preise nach unten zwingen, Industrie und Handel veranlassen, zum sehr großen Teil die höheren Rohstoffkosten sowie die Umsatzsteuer in den Spannen aufzufangen. — Das Ergebnis: Es ist möglich, daß viele Preise fallen; sicher, daß Industrie und Handel äußerst knapp kalkulieren müssen, um bei der knappen Kaufkraft noch absetzen zu können. Die Lebensmittel sind und werden zum Teil teurer. Insgesamt gesehen kann sich deshalb das Leben nicht gut verbilligen, selbst wenn einige Preise fallen sollten. Wir gehen in eine harte Zeit. Gerade deshalb ist es nicht dienlich, sich durch einen billigen Optimismus den Weg zu vernebeln. (Essener Tageblatt.)

## Mädchen ohne Beruf - Berufe ohne Mädchen

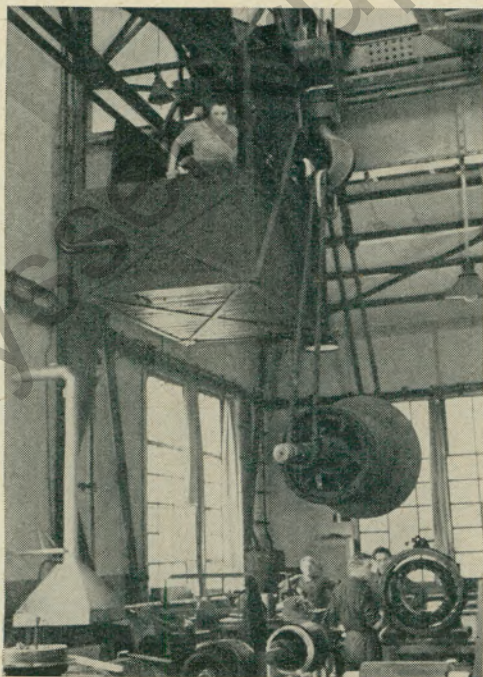
Wege zur Beseitigung von Berufsnot und Nachwuchsmangel aus der Sicht einer Großstadt des Industriegebietes

Regierungsrat Dr. Lehmann, Arbeitsamt Dortmund, stellt uns dankenswerterweise seine nachstehende Arbeit zur Verfügung, die allgemeines Interesse bei unserer Belegschaft und ihren Familien finden wird.

Nach zuverlässigen Schätzungen warten in der Bundesrepublik rund 300 000 Mädchen der vorangegangenen Schulentlassungsjahrgänge auf einen Arbeitsplatz oder eine Berufsausbildungsstelle. In diesem Jahr stoßen rund 370 000 Mädchen hinzu. Die nächsten Schulentlassjahrgänge bis 1954 werden noch stärker sein. Da schon für die männlichen Jugendlichen nicht genügend Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen und außerdem in den meisten Berufen männlicher Nachwuchs gegenüber dem weiblichen bevorzugt wird, ist es berechtigt, festzustellen, daß die Berufsnot der Mädchen noch größer ist als die der Jungen. Solange keine durchgreifende zentrale Lösung dieses Problems in Angriff genommen wird, liegt die Last der Lösungsversuche auf den dazu berufenen örtlichen Stellen, in erster Linie den Berufsberatungsabteilungen der Arbeitsämter. Die örtlichen Möglichkeiten sind durch die gegebene Wirtschaftsstruktur, abgesehen von der Arbeitsmarktlage, umrissen.

Als Modell für die Großstädte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit ausgesprochen schwerindustriellem Charakter, in denen von einer männlichen Berufsnot nicht gesprochen werden kann, mag Dortmund dienen. Kohle und Eisen sind die beherrschenden Faktoren seines Wirtschaftslebens. Strukturbestimmende Wirtschaftsgruppen sind dementsprechend Bergbau, Eisen- und Metallgewerbe sowie Bau- und Baunebengewerbe und Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Das Gewicht dieser Wirtschaftsgruppen ergibt sich aus der Beschäftigtenzahl (Stand von 31. 3. 1950):

| Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte in Industrie und Handwerk nach Wirtschaftsgruppen - Männer und Frauen - Strukturbestimmende Wirtschaftsgruppen |        |       |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|-------|
| Bergbau                                                                                                                                                      | 53 294 | 38,3% |
| Eisen- und Metallgewerbe                                                                                                                                     | 27 159 | 19,5% |
| Bau- und Baunebengewerbe                                                                                                                                     | 16 219 | 11,6% |
| Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau                                                                                                                           | 14 428 | 10,4% |



Elektrotechnische Abteilung

Die insgesamt 111 100 Beschäftigten der vier strukturbestimmenden Wirtschaftsgruppen machen einen Anteil von 79,8% aller in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten aus. Der Anteil der Frauen mit 4984 Beschäftigten beträgt 4,5%. Von den strukturmittgestaltenden Wirtschaftsgruppen, soweit sie der Frauenarbeit ent-



Putzfrau

gegenkommen, beschäftigen die Gruppen Bekleidungs- gewerbe, Nahrungs- und Genußmittel, Elektrotechnik und Textilindustrie 16 726 Männer und Frauen. Das sind 11,9% von der Gesamt-Beschäftigtenzahl in Industrie und Handwerk. Der Frauenanteil beträgt 7001 oder 42%, mit anderen Worten: selbst in der Leichtindustrie, deren geringes Gewicht in der Dortmunder Wirtschaft durch 11,9% der Gesamtbeschäftigtenzahl ausgedrückt ist, erreicht die Beschäftigtenzahl der Frauen nicht einmal die Hälfte.

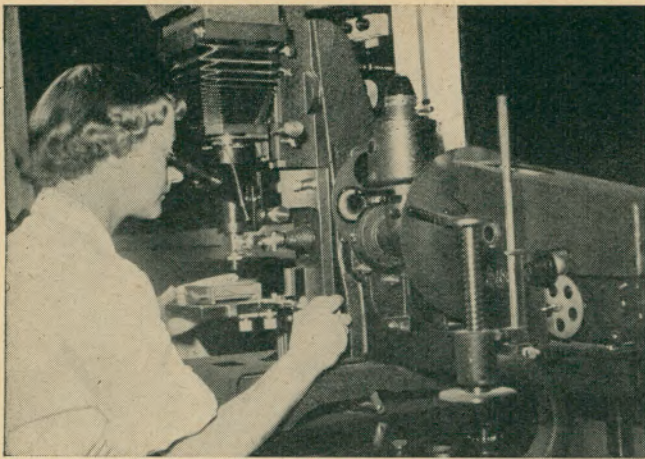
Diese kurze Darstellung macht die Schwierigkeiten deutlich, denen die Frauenbeschäftigung durch die gegebene Wirtschaftsstruktur begegnet. So ist die Frau in ihrer beruflichen Betätigung vorwiegend auf kaufmännische und Verwaltungsverufe, Hauswirtschaft, Bekleidung und Papierverarbeiterberufe verwiesen, wo sie tatsächlich ein Übergewicht besitzt.

Beschäftigte und arbeitslose Arbeiter und Angestellte nach dem Stand vom März 1950

| Berufsgruppen       | Männer | v. H. | Frauen | v. H. | insges. | v. H. |
|---------------------|--------|-------|--------|-------|---------|-------|
| Papierarbeiter      | 155    | 0,1   | 313    | 0,6   | 468     | 0,2   |
| Bekleidungsarbeiter | 1177   | 0,7   | 3116   | 6,3   | 4293    | 2,1   |
| Hauswirtsch. Berufe | 284    | 0,2   | 11803  | 24,0  | 12087   | 5,8   |
| Kaufm. Büro, Verw.  | 17529  | 11,1  | 18562  | 37,5  | 36091   | 17,3  |

An diesem engen beruflichen Spielraum sind selbstverständlich auch die Berufswünsche orientiert, deren Hauptanteil auf den Einzelhandel (mit 994 Berufswünschen), auf die Büroberufe (mit 797) und das Schneiderhandwerk (mit 686) entfällt und damit die Aufnahmefähigkeit dieser Berufe weit übersteigt.

Die Folge ist eine seit Jahrzehnten bestehende latente Berufsnot der weiblichen Jugend, die allerdings in sozialen



Metallografie



Metallografie

Krisenzeiten, in denen auch die Töchter in größerem Umfang auf Erwerb angewiesen sind, stärker in Erscheinung tritt und besonders dann, wenn diese Krisenzeit, wie im Augenblick, in einen Zeitabschnitt steigender Schulentlasszahlen fällt. Aber auch in den wirtschaftlich besten Jahren gelang im Dortmunder Arbeitsamtsbezirk die berufliche Unterbringung der Mädchen nur bis zu 35% der Bewerberinnen.

**Welche Möglichkeiten bieten sich nun örtlich** — in einer Großstadt des Industriegebietes — zur Behebung der weiblichen Berufsnot an? Es bestehen nur zwei, die offensichtlich in entgegengesetzte Richtung weisen, aber nur dadurch Erfolg versprechen, daß sie beide gleichzeitig ausgeschöpft werden: verstärkte Nachwuchszuführung in die nachwuchsarmen hauswirtschaftlichen Berufe, die den ureigensten Bereich weiblicher Betätigung darstellen und die Erschließung männlicher Berufe für die Frau, soweit sie ihren physischen und psychischen Besonderheiten entsprechend noch als angemessen anzusehen sind. Dadurch, daß beide Wege gleichzeitig beschritten werden, wird am besten zwei möglichen Vorhalten begegnet, nämlich

1. dem weiblichen Nachwuchs die gleichberechtigte berufliche Betätigung vorzuenthalten und
2. das Problem der weiblichen Berufsnot einseitig (entsprechend ostzonalen Gepflogenheiten) durch Vermittlung in männliche Berufe lösen zu wollen.

**Damit von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird,** ist eine umfassende Aufklärungsarbeit in zwei Richtungen zu leisten sowohl im Hinblick auf die weibliche Jugend als auch auf die Wirtschaft. Durch staatliche Lenkung, wie z. B. in Sachsen, wo in Zukunft die Lehrberufe Mechaniker, Setzer, Buchbinder, Graveur, Kellner, Koch usw. nur noch Mädchen ausbilden dürfen, wäre rein zahlenmäßig ein Erfolg gesichert. In einem Staat, in dem die Berufswahlfreiheit als Voraussetzung zur freien Entfaltung der Persönlichkeit entsprechend ihrer Anlagen und Fähig-

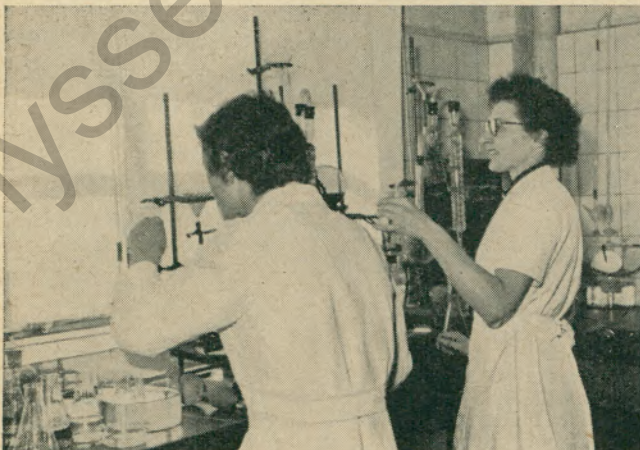
keiten gesetzlich garantiert ist, können Lenkungsabsichten jedoch nur in der Aufklärung über die wirtschaftlichen und berufspolitischen Gegebenheiten wirksam und die Berufsentscheidung nur auf dem Wege über die innere Einsicht beeinflusst werden. Wie notwendig und wie erfolgreich diese Lenkung ist, geht aus nachfolgender Aufstellung über die Entwicklung der häufigsten Berufswünsche (in Klammern Zahl der verfügbaren Stellen) hervor:

|                | 1948       | *) 1949   | 1950        | 1951 |
|----------------|------------|-----------|-------------|------|
| Verkäuferinnen | 1092 (545) | 795 (886) | 1871 (1190) | 994  |
| Schneiderinnen | 1813 (264) | 904 (167) | 1204 (188)  | 688  |
| Friseurinnen   | 438 (115)  | 245 (83)  | 284 (104)   | 225  |

\*) Das Jahr 1949 fällt für einen Vergleich in strengem Sinne aus, da es durch Verlängerung der Schulzeit auf 8½ Jahre kein normales Entlassjahr war.

Hier ist die Abwehr übermäßigen Andranges bis zu 50 Prozent gelungen. Mit der Abwehr dieses Andranges allein ist jedoch nichts erreicht, er muß umgeleitet und aufgelockert werden.

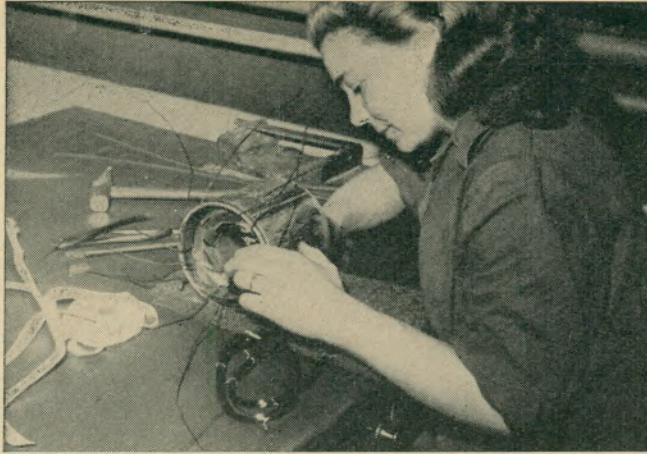
**Zur Umleitung und Auflockerung** müssen aus den oben gekennzeichneten strukturbedingten Gründen in erster Linie — aber nicht ausschließlich — handwerkliche Berufe gewonnen werden, wobei die Bereitschaft des Handwerkszweiges zur Einstellung von weiblichen Lehrlingen wesentlich vom gleichzeitigen Mangel an männlichen Bewerbern abhängt. Die Berufe, die diese Voraussetzung des männlichen Nachwuchsmangels erfüllen, überschreiten im allgemeinen nicht die Grenze der Angemessenheit für weibliche Bewerber, wenn sie sie auch zum Teil erreichen. Es sind vor allem folgende Berufe: Bäcker, Maler und Anstreicher, Herrenschneider, Herrenfiseur, Polsterer und Dekorateur, Gebrauchswerber. Auch das Konditor-Handwerk, das sich bisher gegen die Ausbildung weiblichen Nachwuchses sperrte, ist in diesem Jahr, da erstmalig männliche Bewerber fehlen, den Mädchen erschlossen worden.



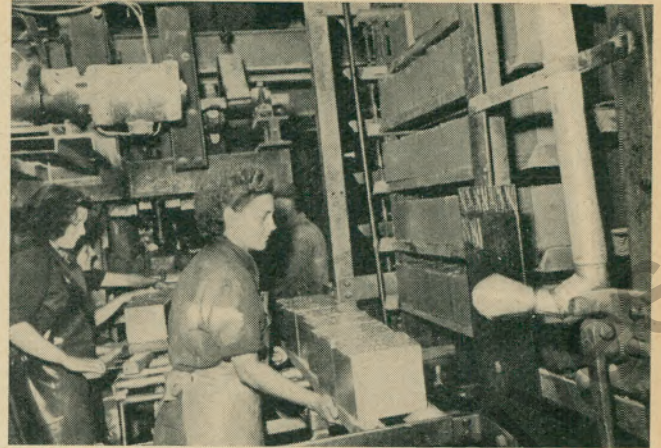
Chemische Abteilung



Foto-Abteilung



Ankerwickerei



Steinfabrik

Wie schwer es jetzt noch ist, das Terrain zur Ausweitung des Berufsraumes der Frau zu erobern, mag aus nachfolgender Übersicht hervorgehen, deren zahlenmäßige Ausbeute gering ist. Sie läßt jedoch weder die der Werbung, dem Handwerk und den Jugendlichen gegenüber gemachten Anstrengungen dieser „Eroberungen“ erkennen noch zeigt sie ohne weiteres deren grundsätzliche Bedeutung als erste Bresche in bestehende Vorurteile.

#### Vermittlungen

|                     | 1948 | 1949 | 1950 | 1951 |
|---------------------|------|------|------|------|
| Gärtnerin           | 9    | 7    | 7    | 8    |
| Herrenschneiderin   | 18   | 30   | 18   | 33   |
| Bäcker              | —    | 1    | 4    | 8    |
| Herrenfriseur       | —    | —    | 3    | 8    |
| Konditorin          | —    | —    | —    | 2    |
| Dreher              | —    | —    | 2    | 2    |
| Elektromaschinenbau | —    | —    | —    | 1    |

Die Werbung für diese Berufe fußt auf Erfahrungsberichten von Lehrbetrieben, die weibliche Jugendliche in männlichen Berufen ausbilden. Es sind vorwiegend solche Betriebe, in denen Töchter den fehlenden männlichen Erben ersetzen müssen. Ihre erfolgreiche Ausbildung beweist aber, daß sich weibliche Lehrlinge in bestimmten männlichen Berufen grundsätzlich behaupten können. Diese wertvollen positiven Erfahrungen werden der Öffentlichkeit in Form von Reportagen zugänglich gemacht.

Doch nicht nur die soziale Verpflichtung und die grundsätzliche Möglichkeit der Mädchenausbildung in bestimmten männlichen Berufen ist zu demonstrieren; umfassenden Erfolg können diese Bemühungen nur dann haben, wenn überzeugend dargelegt wird, daß es sich hierbei vor allem um einen notwendigen Schritt wirtschaftlicher Voraussicht handelt. Die Schulentlaßzahlen im Bundesgebiet sinken von rund 950 000 im Jahre 1954 auf rund 475 000 im Jahre 1959, das ist um 50 Prozent. Allein schon aus diesem Grunde tun Handwerk und Industrie gut

darin, schon jetzt die Mädchen, auf die sie später aus Mangel an männlichem Nachwuchs nicht verzichten können, in größerem Umfang als bisher auszubilden. Berufe, die in der Vorstellungswelt der weiblichen Jugend dann schon als auch für Frauen geeignete Berufe ihren festen Platz haben, werden weniger unter dem zukünftigen Nachwuchsmangel zu leiden haben als diejenigen, die sich bisher den Mädchen in Verkennung der zukünftigen Entwicklung hartnäckig verschließen.

Der zweite Weg zur Linderung der weiblichen Berufsnot ist die Gewinnung des Nachwuchses für die Hauswirtschaft. Damit kann gleichzeitig der Not der Hausfrauen, die schon internationales Ausmaß angenommen hat, nämlich dem Mangel an Hausgehilfinnen, begegnet werden. (Hausgehilfinnen fehlen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schweden, England, USA, Schweiz usw.)

Der Mangel an Hausgehilfinnen hat die verschiedensten Ursachen, wie z. B. nicht genau festgelegte Arbeits- und Freizeit, der häufig unvermittelte Wechsel zwischen persönlicher Nähe und Distanz im Haushalt und die damit verbundene starke Abhängigkeit und Gebundenheit in der persönlichen Lebensführung, die Überschätzung der reinen Barentlohnung in anderen Berufen gegenüber der aus Kost, Unterkunft und Barlohn zusammengesetzten Entlohnung der Hausgehilfin. Ausschlaggebend für die Ablehnung des hauswirtschaftlichen Berufes durch die Jugendlichen dürfte jedoch seine soziale Rangstufe, sein öffentliches Ansehen sein, die noch immer — mit dem Begriff des „Dienens“ im Sinne von „für andere Leute den Dreck wegmachen“ (das am häufigsten zu hörende Argument der Ablehnung) verbunden — niedrig bzw. gering sind. Schuld an dieser Minderbewertung der hauswirtschaftlichen Betätigung ist nicht zuletzt die Tatsache, daß die Tätigkeit der Hausgehilfin erst seit Anfang der zwanziger Jahre ein anerkannter Lehrberuf mit Ausbildungsvorschrift und Berufsbild ist. Daß er schon ein Lehrberuf ist, und dies schon seit so langer Zeit, ist der Öffentlichkeit jedoch



Werkschenke



Werkschenke

nicht hinreichend bekannt. Angesichts der Berufsnot der weiblichen Jugend muß dieses weite Berufsfeld der Hauswirtschaft durch verstärkte Bereitstellung geeigneter hauswirtschaftlicher Lehrstellen weiter erschlossen werden. Durch die damit verbundene soziale Rangerhöhung wird der Anreiz und damit die Bereitschaft der Mädchen zur Ausübung des hauswirtschaftlichen Berufes wesentlich gefördert. Damit ist ein erster entscheidender Schritt getan, der schon sichtbare Erfolge zeigt, dem aber noch weitere der Angleichung sozialer Errungenschaften anderer Berufe folgen müssen.

|                                                               |      |      |
|---------------------------------------------------------------|------|------|
| Bewerberinnen für hauswirtschaftliche Lehr- und Anlernstellen | 1950 | 1951 |
|                                                               | 40   | 88   |
| gemeldete hauswirtschaftliche Lehr- und Anlernstellen         | 31   | 73   |
| besetzte hauswirtschaftliche Lehr- und Anlernstellen          | 26   | 49   |

\*) Vermittlung noch nicht abgeschlossen.

Mit dieser Darstellung soll der weiblichen Jugend und der Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk, gezeigt werden, daß sowohl die Berufsnot als auch der jetzt schon für manche Handwerkszweige spürbare und in Zukunft die ganze Wirtschaft bedrohende Nachwuchsmangel keine ausweglose Situation darstellen. Im Gegenteil, der von der Berufsberatung der Arbeitsämter angebahnte Weg ist ein für beide Teile gangbarer, notbeseitigender und existenzsichernder Ausweg.

## Ist typische Frauenarbeit weniger wert?

G. Sch. schreibt:

Es kann unbestritten behauptet werden, daß Hausarbeiten typische Frauenarbeiten sind, weil der Hausfrau und Mutter die Führung des Hausstandes obliegt. Die Entwicklung ist nicht stehengeblieben. Die Stricknadel wurde abgelöst durch die Handstrickmaschine und diese durch die mechanische Strickmaschine. Eine einst typische Frauenarbeit wurde durch die veränderte Produktionsform nunmehr zur „Arbeitsleistung“, die keinerlei Rückschlüsse mehr auf die Person ermöglicht, die die Arbeit verrichtet. Eine Minderentlohnung kann und darf deshalb nicht hingenommen werden. Grundsätzlich ist deshalb die gleichmäßige Entlohnung einer Arbeit besonders auch im Zeitlohn anzustreben.

Ein Akkordrichtsatz muß nach gleichen Gesichtspunkten festgelegt werden. Erst durch die Arbeitsleistung entsteht der Arbeitsertrag, der bei der Verrechnung mit dem Akkordrichtsatz das Arbeitsentgelt ergibt. Den Begriff der typischen Frauenarbeit zu prägen, um dann eine Minderentlohnung damit zu begründen, ist absurd und kann keinesfalls rechtlich begründet werden. Wenn mehr denn je die Frau in den Arbeitsprozeß einbezogen werden mußte, ist das vornehmlich auf den Frauenüberschuß nach zwei aufeinanderfolgenden Weltkriegen zurückzuführen. Allen Frauen im Berufsleben gewährt die Arbeitsverrichtung die Basis der Lebenshaltung. Diese Lebenshaltung jedoch von vornherein des

Geschlechtes wegen zu differenzieren, verstößt gegen das Bonner Grundgesetz Artikel 3.

Der Begriff „typische Frauenarbeit“ im Berufs- und Arbeitsleben hat keine Berechtigung mehr. Es muß auch festgestellt werden, daß Frauen in Notzeiten, besonders im Kriege, ihren „Mann“ stellen mußten. Warum sollten sie nicht immer neben dem Manne gleichberechtigt, wirtschaftlich wie politisch, stehen dürfen? Es ist nur eine Frage der Erkenntnis und des Willens, die berechtigte Forderung nach „gleichem Lohn bei gleicher Arbeit und Leistung“ zu erfüllen. Wer das nicht will, sieht in der Frau die billigere Arbeitskraft.



Stenotypistinnen

*Bekenne dich mutig zu dir selbst,  
das steht dir besser als Täuschen und Zwingen.  
Im Grunde verlangt kein Mensch von dir,  
daß du sollst über dich selber springen.*

Victor Blüthgen

## Unser Fraueneinsatz

Die Möglichkeiten zur Frauenarbeit in einem Hüttenwerk sind sehr beengt, trotzdem sind z. Z. 554 Frauen auf unserem Werk beschäftigt, von denen 154 Angestellte sind. Die Angestellten sind überwiegend in den „typischen“ Frauenberufen tätig: Telefonistinnen, Stenotypistinnen, Kontoristinnen. Die 400 Arbeiterinnen sind beschäftigt als Putzfrauen, Presserinnen in der Steinfabrik, Kontrolleurinnen im Kaliberwalzwerk, Kranführerinnen in verschiedenen Betrieben, Wicklerinnen in der Elektrotechnischen Abteilung, Schleiferinnen in der Dreherei, Zeichnerinnen in verschiedenen Betrieben, Gleisfegerinnen im Eisenbahngleisbau, Platzarbeiterinnen in der Bauabteilung, Hilfs-

kräfte in der Werkbücherei und im Kindergarten, Küchenhilfen und Serviererinnen im Gästehaus und in der Werkschenke, Nähgehilfinnen in der Nähstube. Sie sind beschäftigt mit der Ausführung von Analysen zur Bestimmung der chemischen Zusammensetzung von Eisen, Stahl, Thomasmehl usw. in den Versuchsbetrieben, als Trägerinnen, Botinnen usw.

Die Frauen sind in einer Minderzahl, aber sie sind nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in den Betrieben nicht mehr fortzudenken. Auch von ihnen muß man sprechen, wenn man an die Härte der Arbeit denkt, wie sie mit einem Hüttenwerk nun einmal verbunden ist.

# Ausbildungsfahrt der Übungsfirma

Eisenhandel Westfalen GmbH.

Unsere Übungsfirma „Eisenhandel Westfalen GmbH.“ besuchte auf Anregung der Ufi-Zentrale den Bundesvorstand des DGB im Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf. Nach einer Begrüßung durch den Leiter der Übungsfirmenwirtschaft des DGB, Hans Fromm, gab das Mitglied des Hauptvorstandes des DGB, Böhm, einen Überblick über die Angestelltenarbeit des DGB, wobei er hervorhob, daß die Ufi-Arbeit im Rahmen der Berufsausbildung einen hervorragenden Platz einnehme. Er begründete die Haltung des DGB zum Schumanplan und sprach eingehend zum Thema „Doppelverdiener“. Dem Arbeitsdirektor der Westfalenhütte, Alfred Berndsen, sprach er seinen Dank und seine Anerkennung für die großzügige Förderung der Ufi aus, die es erst ermöglicht habe, daß die Ufi der Westfalenhütte mustergültig sei.

Der Leiter des kaufmännischen Berufsbildungswerkes des DGB, Krommes, gab einen Überblick über die z. Z. laufenden Verhandlungen für die Einrichtung einer Fachschule für Industrie-Kaufleute in Dortmund.

Hans Fromm (Düsseldorf) berichtete über den derzeitigen Stand der Übungsfirmenwirtschaft. Er betonte, daß es der Ufi „Eisenhandel Westfalen GmbH.“ trotz der kurzen Zeit seit der Gründung gelungen sei, sich durch vorbildlichen Einsatz einen ersten Platz innerhalb des Ufi-Ringes zu erarbeiten, so daß er glaube, daß sie bei dem Leistungswettbewerb im nächsten Jahr mit zu den besten Firmen gehören werde.

Der Rest des Tages war einem Ausflug ins Ittertal gewidmet, der allen Teilnehmern einige schöne Stunden bot.

## Die Messe der „Schwarzen Kunst“

Die Düsseldorfer DRUPA, die Ausstellung Druck und Papier, die am 10. Juni ihre Pforten schloß, war eine bisher nie gesehene graphische Schau internationalen Ausmaßes. Sie war keine fachsimpelnde Verkaufsmesse, sondern eine Lehrschau für jedermann. Der „Mann vom Bau“ fand eine Fülle technischer Neuheiten; das interessierte Publikum lernte die erregende Welt der „Schwarzen Kunst“ kennen, aus der heraus es lebt und denkt.

Bedeutsam ist der erreichte und gezeigte Friedensstand unserer Maschinenproduktion. Die ausstellenden Zweige haben bei fünf Milliarden DM Gesamtumsatz im Jahr einen langen Hebelarm in der plötzlichen Exportkonjunktur.

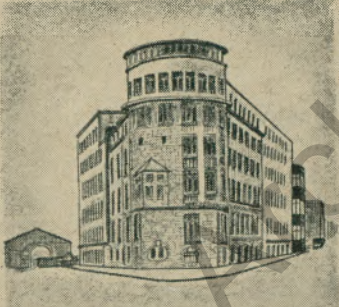
Zwei Sensationen: Nach dem Prinzip der Absorptionsmessung von Strahlen radioaktiver Elemente hat man eine Dickenmeßanlage konstruiert, die mit Betastrahlen großflächige Kontrollen ablaufender Papierbahnen usw. bei Herstellung oder Verschnitt ermöglicht, die also berührungslos auf ein Zentimeter genau Materialfehler „ortet“. Weltfirma Albert, Frankenthal, hat ihre bestechend praktische Kleinrotation für Tiefdruck erstmalig in Deutschland mit einer



**Ausbildungsfahrt**

**EISENHANDEL WESTFALEN**  
*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*

♦ Betriebsgebundene Übungsfirma der Westfalenhütte Dortmund A.G. ♦



**zur Übungsfirmenzentrale**  
beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes  
in  
**DÜSSELDORF** a./Rh.  
am 2. 6. 1951

englischen Autotron-Registersteuerung gekoppelt, an deren Eigenentwicklung man jetzt deutscherseits arbeitet. Das „Übereinandernutzen“ der verschiedenen Formen beim Mehrfarbendruck wird durch Photozellen-Reaktion mit 0,025 mm Genauigkeit elektrisch reguliert.

Unter der Neuheitenfülle fällt ein deutsches Verfahren auf, ohne Reproduktionsphoto und Dunkelkammer in Minuten schleierfrei Offsetplatten mit dem Druckteil zu belegen, durch bloßen Handabzug auf die lichtempfindliche Schicht. Daß es jetzt eine Rotationsmaschine für Briefumschläge gibt, die 14 000 Stück stündlich innen ein- und außen dreifarbig bedruckt, klebt, gummiert und über drei zusätzliche Anilin-Druckwerke verfügt, ist für den steigenden Luftpostbedarf erfreulich.

Vor Broscheks selbstgebauter kleinster Kombi-Rotationsmaschine der Welt stauten sich auch die Ausländer, denen aber das „not for sale!“ zugeflüstert werden mußte.

## Soziale Verantwortung

Johann Gottlieb Fichte schrieb 1793:

Überläßt der Staat die Volksklassen dem Ungefähr, so gibt er ihnen durchaus nichts. Ihr Fortkommen ist ebenso durchaus ihr eigenes Werk, als ihre Kunst oder Kenntnis es ist. Sie haben sonach gar nicht Verzicht auf das Eigentum anderer geleistet. Der Staat kann mit keinem Rechte sie in Absicht ihres Gewerbes unter Gesetze und ein bestimmtes Verhältnis gegen die übrigen Volksklassen bringen. Sie sind in jeder Rücksicht frei, sowohl vom Gesetze als dem Rechte entblößt, ohne Regel wie ohne Garantie, halbe Wilde im Schoße der Gesellschaft. Bei der völligen Unsicherheit, in welcher sie sich befinden, bevorteilen und berauben sie — zwar nennt man es nicht Raub, sondern Gewinn —, sie bevorteilen und berauben so lange und so gut, als sie es können, diejenigen, welche hin-

wiedern sie bevorteilen und berauben werden, sobald sie die Stärkeren sind. Sie treiben es so lange, als es geht, und bringen für den Notfall, gegen welchen ihnen nichts bürgt, in Sicherheit, soviel sie vermögen. Und an diesem allen tun sie nichts weiter, als wozu sie das vollkommenste Recht haben.

Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verziert, erst alle bequem und warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleidet. Es ist eben unrecht, daß einer das Entbehrlichste bezahlen könne, indes irgendeiner seiner Mitbürger das Notdürftigste nicht vorhanden findet oder nicht bezahlen kann; und das, womit der erstere bezahlt, ist gar nicht von Rechts wegen und im Vernunftstaat das Seinige.



UNSER

BRIEFKASTEN

## Um Doppelverdienst und Ehesteuer

Die Zuschriften der letzten Tage befassen sich in wesentlichem Umfang mit den — infolge der Veröffentlichungen der Bundesregierung — in der gesamten Öffentlichkeit sehr lebhaft diskutierten Problemen: „Ist Doppelverdienenden in Ehegemeinschaften erlaubt?“ — „Was ist Doppelverdienertum?“ — „Das Für und Wider der Ehesteuer.“ Wir lassen diesmal diesen Zuschriften breiten Raum.

### A. K., Breitbandwalzwerk:

Nach dem Grundgesetz genießt die Familie den Schutz des Staates. Die jungen Ehen haben Verständnis dafür, wenn der Staat ihnen wegen vieler anderer Verpflichtungen keine Ehestandsdarlehen gewähren kann. Also packen Mann und Frau das Leben gemeinsam an. Dafür soll ihre Sehnsucht nach eigenem Heim, nach Kindern jetzt vom Staat bestraft und unter hohe Steuern gestellt werden.

### H. G., Stahlwerke:

In derselben Woche, in der unsere Volksvertreter die Zusammenveranlagung der Eheleute beraten, liest der erstaunte Leser die Aufforderung McCloy's an die Jugend, die Politik ernst zu nehmen. Die Politiker: aber zerstören zur gleichen Zeit die wirtschaftliche Grundlage unserer jungen Ehe, denn gerade der Kreis der Jungverheirateten ist durch diese Verordnung fast ausnahmslos betroffen. Wie will man mit solchen Maßnahmen unsere Liebe für Demokratie und Politik wecken? Die Gründung einer Familie ist heute doch nur möglich, wenn beide Teile mehrere Jahre gemeinsam arbeiten.

### W. H., Hauptverwaltung:

Landläufig, wenn auch juristisch nicht ganz richtig, bezeichnet man das Arbeiten gegen Entgelt von Mann und Frau als Doppelverdienertum. Es ist die Frage offen: ist dieses Doppelverdienertum erlaubt?

Viele Betriebe — unter ihnen die öffentliche Hand — sind dazu übergegangen, bei festgestelltem Doppelverdienst einem Teil — durchweg der Frau — zu kündigen. Ist eine solche Kündigung rechtswirksam?

Folgender Fall: Ein Mädchen war in einem Lohnbüro beschäftigt und lernte dort einen jungen Angestellten kennen. Beide heirateten. Wenig später erhielt die junge Frau die Kündigung. Grund: Doppelverdienst. Die Frau klagte am Arbeitsgericht. Das Gericht entschied zugunsten der Ehefrau. Aber die Rechtsfrage an sich wurde nicht entschieden. Die Klägerin konnte nachweisen, daß sie sich in anderen Umständen befunden hatte. Auf Grund des Mutterschutzgesetzes sprach das Arbeitsgericht ihr den Anspruch zu und verwarf das Landesarbeitsgericht die von der Beklagten eingelegte Berufung. In der Begründung heißt es: die Kündigung wäre wirksam geblieben, wenn nur Doppelverdienst vorgelegen hätte.

Vom Doppelverdienenden in Ehegemeinschaften sind zwei Auffassungen vorhanden. Die Gewerkschaften verweisen auf das Grundgesetz, das die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung von Frau und Mann ausdrücklich anerkennt. Dieser Einstellung schloß sich auch das Arbeitsgericht in Duisburg an. Andere Entscheidungen geben eine andere Auffassung wieder: bei voller Achtung des Grundgesetzes

wird die Kündigung bei Doppelverdienst bejaht, denn sie sei bei der augenblicklichen Lage auf dem Arbeitsmarkt durchaus gerechtfertigt. Es genüge vollauf, wenn ein Teil der Familie den Lebensunterhalt verdiene.

Die Einstellungen zum Doppelverdienst sind somit verschieden. Es wird immer darauf ankommen, welche Auffassung der Arbeitsrichter vertritt.

### H. O., Verwaltung:

Ich selbst bin von der geplanten Familiensteuer nicht betroffen, kann aber mit den arbeitenden Ehepaaren mitfühlen. Und ich finde es bezeichnend, daß selbst ein Blatt der Industrie, das „Handelsblatt“, Düsseldorf, u. a. folgendes schreibt, wobei es von der Erklärung des Sprechers der CDU ausgeht, nach der man „kein Interesse an arbeitenden Ehepaaren“ haben könne:

Überraschend kam der Beschluß des Bundestages bei der 2. Lesung des neuen Einkommensteuergesetzes, beide arbeitende Ehegatten künftig gemeinsam zu veranlagern.

„Man hat kein Interesse“ — ist das nicht ein Schlag ins Gesicht der Frauen, die ein geruhiges häusliches Dasein opfern und mitschaffen am finanziellen Fundament der Familie? Sollen sich die arbeitenden Ehepaare schlechter stehen als vor dem Kriege, da keine Baukostenzuschüsse gefordert wurden, da keine zertrümmerten Wohnungseinrichtungen wiederbeschafft werden mußten, da kein Nachholbedarf zu befriedigen war? Oder will man etwa, wie es in glücklicheren Zeiten möglich war, daß junge Menschen mit der Hochzeit warten, bis „alles da ist“? Kennt man die heutigen Preise für Einrichtungsgegenstände, die Sätze der Steuergruppe I nicht? Man verwende nicht etwa das Argument, daß Mitverdienertum die Kinderlosigkeit fördere! Dem Staat kann nur an Kindern liegen, die in sozial und hygienisch einwandfreier Umgebung aufwachsen. Diese aber muß heute in zahllosen Fällen von den Ehegatten durch gemeinsame Arbeit erst geschaffen werden. Die Vermutung liegt nahe, daß man im Bonner Plenum alle diese Überlegungen gar nicht erst angestellt hat, sondern daß man wieder einmal den Weg des geringsten politischen Widerstandes gegangen ist: die Rentempfänger und die Beamten murren bedenklich, die arbeitenden Ehefrauen aber verfügen über keine Vertretung.

### J. H., Verwaltung:

Ich lese im Nachrichtendienst der CDU, die in der 2. Lesung für die gemeinsame Versteuerung arbeitender Ehepaare stimmte — in dieser Lesung wurde der Regierungsentwurf gegen die Stimmen der SPD und des Zentrums angenommen — folgende Stellungnahme:

Proteste gehören heute zur Tagesordnung. Meist wird auch die Moral bei diesen Protesten zu Hilfe genommen. So bei den Einwendungen gegen die Absicht, lohnsteuerpflichtige Eheleute gemeinsam zu veranlagern. Das Gesetz sei unsozial, ehestörend und ehehindernd, die Ehe werde praktisch bestraft, so behauptet die Hauptabteilung Frauen beim DGB. Manche Kritiker sagen sogar, daß ein solches Gesetz zu einem ungesetzlichen Zusammenleben der „Ehepartner“ führen müsse. Uns scheint, daß die Moral solcher Ehen auf schwankendem Boden steht, wobei kein Steuergesetz mehr helfen kann.

Es ist natürlich nicht angenehm, daß sich bei einem Ehepaar, bei dem der eine Partner 850,— DM, der andere 450,— DM im Monat verdient, die monatliche Steuersumme von 261,— auf 437,— DM erhöht. Und doch dürfte diese Mehrsteuer eher zu ertragen sein als die Not der sozial schwächsten Bevölkerungsschichten. Die Berufung auf die Moral ist also fehl am Platze.

Wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Interessen des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit, vor allem gegenüber der sozialen Not, zurückzutreten haben.

Ich meine dazu:

Als Ausgangspunkt ein gemeinsames Einkommen von 1300,— DM zu nehmen, um die gemeinsame Versteuerung zu begründen, ist mehr als absurd. Denn wieviel arbeitende Ehepaare mögen ein solches Einkommen haben? Aber wieviel arbeitende Ehepaare verdienen zusammen unter 600,— DM im Monat!

### J. L., Hauptverwaltung:

Wie gewöhnlich trifft dieses Gesetz nur wieder den kleinen Mann, da Großverdiener es nicht nötig haben, ihre Frauen zum Mitverdienen zu bewegen. Geschäftsleute werden ebenfalls nicht davon betroffen, obschon durch die Mitarbeit

ihrer Frauen sonst erforderliches Personal eingespart wird. Unter diesen Umständen werden es sich bestimmt viele junge und auch ältere Leute künftig überlegen, ob es nicht ratsam ist, auf die Konzession des Standesbeamten zu verzichten und eine „vorteilhaftere“ Wirtschaftsgemeinschaft in der „wilden“ oder — moderner ausgedrückt — „billigeren“ Ehe zu suchen.

H. M., Hohofen :

Warum greift man gleich zu solch drastischen Maßnahmen? Wäre es nicht auch schon damit getan, die Ehefrauen wie bis zu ihrer Verheiratung auch weiterhin in Steuergruppe I zu belassen, oder bringt das für unseren „Vater Staat“ nicht genügend ein?

Was ist ein „Doppelverdiener“?

A. L. schreibt uns hierüber:

Legen Sie bitte diese Frage irgendeinem Ausländer vor oder auch einem Deutschen, der gewohnt ist, über Sinn und Inhalt eines Wortes nachzudenken. Sie werden die selbstverständliche Antwort erhalten: „Ein Doppelverdiener ist ein Mensch, der doppelt verdient.“ Das heißt: ein Mann oder eine Frau, der oder die nicht nur ein Einkommen hat, sondern zwei oder gar mehrere. Doppelverdiener sind also z. B. Leute, die am Tage eine Arbeit leisten und abends noch eine (Kellner, Hochschul- und sonstige Lehrer, Garderobieren usw.), wenn sie dabei für Tag und Abend gesondert bezahlt werden. Doppelverdiener sind jene Menschen, die in mehreren Geschäften (Firmen) Geld verdienen oder mehr als einen bezahlten Aufsichtsratsposten haben und dergleichen mehr.

Das ist einfach und klar, sollte man meinen.

Nun hat sich aber bei uns die Gewohnheit herausgebildet, das Wort „Doppelverdiener“ vollkommen seinem Sinn zuwider anzuwenden. Und so finden wir heute dies:

#### 1. Ein Doppelverdiener ist eine Frau.

Ein Mann ist kein Doppelverdiener, er mag verdienen, soviel er will und aus so viel Quellen, wie er kann.

#### 2. Ein Doppelverdiener ist eine verheiratete Frau.

Eine ledige Frau ist kein Doppelverdiener, sie mag neben Vater, Bruder, Schwester oder sonstigen Familienangehörigen verdienen, soviel sie will und kann.

#### 3. Ein Doppelverdiener ist eine verheiratete festbesoldete Frau.

Eine durch freie Berufsarbeit verdienende Frau ist kein Doppelverdiener, sie mag mit oder neben ihrem Ehemann so viel verdienen, wie sie will und kann (z. B. als Arztin usw.).

So wird seit Jahren das Wort „Doppelverdiener“ bei uns mit echt männlicher Logik angewandt und mehr oder weniger stark ausgeschlachtet, wie die wirtschaftliche Lage es gerade erfordert, ohne im geringsten daran zu denken, daß das deutsche Volk sich inzwischen ein Grundgesetz gegeben hat, in dem steht, daß niemand wegen seines Geschlechtes benachteiligt werden darf und daß alle Deutschen das Recht haben, Beruf und Arbeitsplatz freiwillig zu wählen.

Nur beschränkte Ehesteuern!

Bei Redaktionsschluß geht die Meldung ein: im Hammelsprung wurde bei der 3. Lesung des Einkommensteuergesetzes mit dem knappsten aller bisherigen Abstimmungsergebnisse, nämlich mit 159 gegen 158 Stimmen, ein Antrag der SPD angenommen, daß Ehepaare nur dann gemeinsam steuerlich veranlagt werden sollen, wenn ihr Einkommen den Betrag von 600,— DM übersteigt. Damit sind die kleinen gemeinsamen Einkommen geschützt, und damit ist der Regierungsentwurf, alle — und auch die geringsten — gemeinsamen Einkommen gemeinsam zu versteuern, abgelehnt.

Wir freuen uns über das rege Interesse, das weite Kreise unserer Belegschaft an den Abstimmungen im Bundestag genommen haben. Wir halten es für einen klaren Beweis für die wachsende politische und wirtschaftspolitische Reife des deutschen Volkes und für die fortschreitende Demokratisierung. (Die Redaktion.)

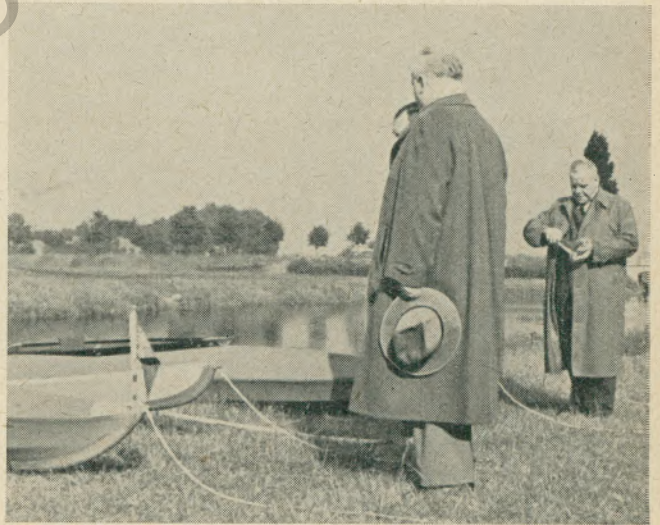
## „Westfalenhütte“, „Glück-Auf“ und „Aufwärts“

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde übergab am 5. Juni unser Werk der Jugendgruppe die ersten drei Faltboote. Arbeitsdirektor Berndsen stellte die Bedeutung des Wassersportes in körperlicher und seelischer Beziehung heraus. Die Boote sollten mit dazu beitragen, daß die Jugend durch Sport und Natur sich einen gesunden Ausgleich erarbeite, um nach einem schönen Wochenende mit neuer Kraft sich den Berufsaufgaben zu widmen. Der Bootsschuppen ist in der Nähe von Olfen an der Stever errichtet, so daß der Fluß und die nahegelegenen Kanäle ausreichend Sportmöglichkeiten gewährleisten. Er taufte das erste Boot auf den Namen „Westfalenhütte“.

Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwenke erinnerte an die stolze Tradition des Arbeitersportes und taufte das zweite Boot auf den Namen „Glück-Auf“ — ein Name und ein Begriff, der mit der Arbeit des Hüttenmannes eng verbunden ist.

Dem dritten Boot gab Dr. Kirchhof den Namen „Aufwärts“.

Helmut Neukirch dankte als Sprecher der Jugend dem Vorstand und der Betriebsvertretung für die stets bewiesene große Unterstützung, die sie der Jugend angedeihen lassen. Die Jugend habe den ernsten Willen, in die Gemeinschaft des Werkes und seiner Belegschaft hineinzuwachsen.



### Robert Owen (geb. 14. Mai 1771):

Es war und ist die überkommene Ansicht der Nationalökonomien, daß der Mensch besser für sich und vorteilhafter für die Gesamtheit sorgt, wenn man ihn dem individualistischen Wettkampf mit seinen Mitmenschen überläßt, als wenn man durch soziale Einrichtungen Einzel- und Gesamtinteresse verknüpft.

Der Eigennutz gilt den berühmtesten Nationalökonomien als Eckstein der Volkswirtschaft, ohne den die Gesellschaft nicht bestehen kann, obwohl die auf ihm beruhende gegenwärtige Gesellschaftsverfassung die denkbar unpolitischste, unsinnigste und antimoralischste ist.

Und gibt es eine Stubenlehre wahrheitswidriger als irgendeine andere, so die, daß das Eigeninteresse, wie man es jetzt versteht, gesellschaftlich vorteilhafter sei als Gegenseitigkeit und Genossenschaftlichkeit.

Bisher können die Menschen vereintes Handeln nur zur Verteidigung ihres Lebens im Frieden erzwingen.

## Mein Sohn: der Herr Student!

Es ist verständlich, daß ein Vater, sofern er selbst Akademiker ist, seinen Sohn studieren läßt, ihn zum Akademiker macht. Es ist ebenso verständlich, daß ein Vater, der kein Akademiker ist, alles daransetzt, sich müht und sorgt, um seinen Sohn studieren zu lassen, denn der Sohn soll es ja „besser haben“, eine sozial „höhere Stufe“ erreichen. Und die Söhne selbst denken vielleicht nicht einmal daran, daß sie dem Vater bis rund zu ihrem dreißigsten Lebensjahr auf der Tasche liegen, bis zu einer Zeit also, in der ihre früheren Schulkollegen schon längst ganz runde Einkommen haben und vernehmlich mit ihrem selbstverdienten Geld zu klumpen vermögen. Und wenn sie daran denken, dann setzen sie sich darüber hinweg: am Ende des Studiums und der — was meist nicht einkalkuliert wird — beträchtlichen Ausbildungszeit wartet ja die wohlbestallte Anstellung, öffnet der akademische Grad die Pforten zu den Berufen, die den anderen verschlossen bleiben, und am Ende wird er als Akademiker „das Rennen machen“. So denkt der Vater — so denkt der Sohn. Und deshalb hält der Andrang zum akademischen Studium an, füllen sich die Hörsäle Klappstuhl an Klappstuhl, drängen sich in den Labors und Kliniken Ellbogen an Ellbogen.

**Aber ist das nicht ein Phantom? Jagt man nicht einer Fata Morgana nach?**

Die „alten Herren“ erinnern sich der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg: ein Massen-Studium führte zum akademischen Proletariat, das sozial litt und politisch sein Ventil im Vorläuferdasein des Nazitums fand — einer Zeit, in der man scherzhaft und nicht ohne bittere Ironie feststellte, daß zum Schuhmacherlehrling das Matur erforderlich sei.

**Und wie ist es heute?**

Werner Kindt veröffentlicht in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ das Ergebnis einer sorgfältig durchgeführten Untersuchung, das, obwohl es sich auf den Bereich des Landesarbeitsamtes Hamburg beschränkt, fraglos symptomatisch für die westdeutschen Verhältnisse sein dürfte. Hiernach sind beim Arbeitsamt Hamburg als arbeitslos registriert:

98 Juristen, 156 Ärzte, 24 Zahnärzte, 47 Betriebs- und Volkswirte mit vollendeter akademischer Ausbildung, 75 Journalisten und 24 Schriftsteller. Es handelt sich bei ihnen vornehmlich um jüngere Kräfte, die ihre Ausbildung in den letzten Jahren abschlossen.

An den Hamburger Krankenhäusern sind 950 Ärzte beschäftigt. Ihnen stehen 150 Ärzte gegenüber, die als Hospitanten unbezahlt oder mit nur geringem Entgelt im städtischen Dienst tätig sind, obwohl sie ihre vorgeschriebene Ausbildung längst beendet haben.

Im Bereich des Oberlandesgerichtes Hamburg sind 320 Richter, 80 Staatsanwälte und 20 Assessoren tätig. Ihnen sind 630 Referendare beigegeben, die sich einer dreijährigen Ausbildung unterziehen. Diesen 630 Anwärtern steht in den nächsten drei Jahren ein Altersabgang von sieben Richtern gegenüber.

Nun sind zwar bei den hamburgischen Gerichten auch etwa 950 Anwälte zugelassen. Aber viele verdienen nach den Aussagen unterrichteter Berufskollegen gerade das Existenzminimum. 68 Prozent der Hamburger Anwälte zahlen als Beitrag zur Anwaltskammer nur den Mindestsatz, der bei einem Einkommen bis zu 4500 DM im Jahre erhoben wird. Auch der „Weser-Kurier“, Bremen, hat Untersuchungen durchgeführt, nach denen allein bei den größeren Landesarbeitsämtern über 6000 Akademiker arbeitslos gemeldet sind. Die zehntausende Akademiker, die eine bescheidene „berufsfremde“ Arbeit ausüben, sind hierin nicht erfaßt.

Unsere eigenen Ermittlungen und Feststellungen erhärten die Ergebnisse der Kindtschen Untersuchung: beim Arbeitsamt Dortmund sind als arbeitslos registriert:

6 Juristen, 3 Ärzte, 2 Dr. rer. pol., 2 Diplom-Volkswirte, 2 Architekten, 2 Diplom-Kaufleute, 1 Chemiker, 1 Stahlwerker, 1 Physiker, 1 Redakteur, 1 Altertumsforscher, 1 Dr. phil., und von den weiblichen Akademikern: 2 Diplom-Volkswirte, 1 Diplom-Ing. als Architektin, 1 Diplom-Ing. als Tiefbauingenieurin, 1 Ärztin. Es handelt sich hier ausschließlich um Akademiker, die keinerlei Arbeit haben. Es sind nicht erfaßt diejenigen Akademiker, die irgendeine „berufsfremde“ Arbeit ausüben; es sollen nach Auskunft des Arbeitsamtes viele sein. Genaue Ermittlungen werden angestellt. Von ihnen werden wir evtl. gelegentlich berichten.

Unsere Anfragen bei Anwälten ergaben, daß höchstens ein Drittel der Anwälte eine auskömmliche Praxis hat. Über die soziale Not der Masse der Ärzte — vor allem der jungen Ärzte, die oft unentgeltlich oder nur für ein geringes Taschengeld praktizieren — ist in den Tageszeitungen unseres Bezirkes wiederholt eingehend berichtet worden. Und hinsichtlich der Volkswirte, Volkswissenschaftler, Juristen usw. erleben wir es täglich in unserer Betriebspraxis, wie sich diese Akademiker um jeden Preis und für jede Arbeit anbieten, um endlich und nach oft jahrelangem Warten „unterzukommen“.

Im Wintersemester 1950/51 waren in der Bundesrepublik 111 590 Studierende immatrikuliert, unter ihnen 19 130 Studentinnen = 17,1 Prozent; von den Studierenden befanden sich an den Technischen Hochschulen 23 747 Studenten und 1069 Studentinnen. Nach offiziellen Verlautbarungen ist das Medizinstudium das aussichtsloseste. Normalerweise soll auf 1000 Einwohner ein Arzt kommen; das sei das Minimum, um dem Arzt eine einigermaßen frequente Praxis zu sichern. Bei 45 Millionen Einwohnern in der Bundesrepublik hieße das also 45 000 Ärzte. Bis Ende 1951 aber werden 72 000 approbierte Ärzte vorhanden sein, wobei die normalen Todesabgänge bereits berücksichtigt sind. Und trotz des numerus clausus und trotz der unbestreitbaren Not der jungen Ärzte sind auch die medizinischen Hörsäle weiterhin überfüllt!

Der Kölner Soziologe Leopold von Wiese erklärt auf Grund umfangreicher Erhebungen die Arbeiterschaft zur soziologischen Mittelschicht der deutschen Bevölkerung und setzt sie und ihre Interessenvertretungen dicht unterhalb der unternehmerischen Führungsschicht. Er sieht unterhalb der Arbeiterschaft mindestens drei neuerstandene Gruppen: 1. die Intellektuellen (Beamte, Angestellte, ein Teil der freien Berufe); 2. die Pensionäre und Rentner und schließlich 3. Flüchtlinge, Vertriebene usw.

Heute verdienten, wie der „Wiesbadener Kurier“ hierzu schreibt, ein Richter oder Staatsanwalt im Alter von 50 Jahren ungefähr das gleiche wie ein Hauer im Kohlenbergbau. Das Realeinkommen des Arbeiters liege bei 115 % des Standes von 1913, das von Regierungsräten, Richtern usw. bei 50 % des früheren Realeinkommens. — Wir können im Augenblick diese Ausrechnung nicht nachprüfen; sollte sie aber stimmen, dann müßte sie dem akademischen Nachwuchs erst recht zu denken geben.

**Zweifelsfrei und mit Sicherheit läßt sich erkennen**, daß die akademischen Berufe überfüllt sind, daß der eine dem anderen den Platz streitig zu machen gezwungen ist, daß die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten sich für den jungen Akademiker über unabsehbare Jahre verschleppen.

Wer also als Vater noch des Glaubens ist, daß ein akademisches Studium dem Sohn eine spätere Sicherheit für das ganze Leben zu bieten vermöge, wer als Sohn immer noch meint, es ließen sich auf der breiten Heeresstraße des akademischen Studiums Amt und Würden und ein behagliches Einkommen eines Tages wie von selbst erreichen — Vater und Sohn täten gut daran, ernsthaft zu überlegen, ob sie nicht doch einer sozialen Fata Morgana nachjagen, ob nicht doch das Ergreifen eines anderen als eines akademischen Berufes zweckmäßig und vorteilhafter ist.

## Die herrschende Schicht

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Erklärung an den Bundeskanzler die Einführung und Verankerung des Mitbestimmungsrechtes in der gesamten Wirtschaft verlangt, zumal dieses Problem in einigen Wirtschaftsgruppen, z. B. Chemie, in ein aktuelles Stadium getreten sei.

In einem Artikel unter der obigen Überschrift schreibt der „Industriekurier“ vom 7. Juni 1951: „Die Vertreter der Masse . . . erzwingen durch Streikdrohung ein Mitbestimmungsrecht, das ihnen durch gesetzlichen Zwang die Stellung von Volkstribunen in der Wirtschaft verschafft. Arbeitsdirektoren sollen also in die Betriebe hinein. Sie können den soziologischen Aufbau der Betriebe und der Wirtschaft nicht ändern. Werden sie das Verhältnis der Arbeiter zu den Vorarbeitern, Meistern und Vorgesetzten verbessern? . . .

Nach den bisherigen Erfahrungen setzen die Arbeitsdirektoren ihre Tätigkeit an zwei Punkten an. Sie selbst sind auf politischem Wege in die Firmen hineingekommen, deshalb ersetzen sie das wirtschaftliche Ausleseprinzip durch das politische, das dann den ganzen Betrieb durch-

säuert. Mit dieser Umstellung der Personalpolitik verschwindet eine Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Der zweite Punkt ist die Gewinnbeteiligung. Um ihre Stellung zu befestigen, werden sie versuchen, für die Arbeiter mehr herauszuholen als wirtschaftlich vertretbar ist. Statt z. B. eine mögliche Preissenkung oder Investierung durchzuführen, werden sie eine größere Gewinnbeteiligung fordern. Was eine solche Politik für die gesamte Wirtschaft, also auch für den Arbeiter, bedeutet, braucht hier nicht näher angeführt zu werden . . .

Der DGB hat in den Arbeitern einen gefährlichen Irrtum hervorgerufen, indem er das politische Gebiet mit dem wirtschaftlichen Gebiet gleichgesetzt hat. Gegen politische Gesetze, die den Aufstieg verhindern, kann man erfolgreich revoltieren, aber nicht gegen den Aufbau der sozialen Organisationen. Die Masse glaubt, als Ganzes aufsteigen zu können. Sie steht dann gegen ihr eigenes Schicksal auf, wie Ortega y Gasset sagt. Aufsteigen kann im sozialen Organismus nur der einzelne. Der Aufstieg in der Wirtschaft ist frei. Es bedurfte keiner Revolte, um ihn frei zu machen.“

## Richtschnur für die Praxis

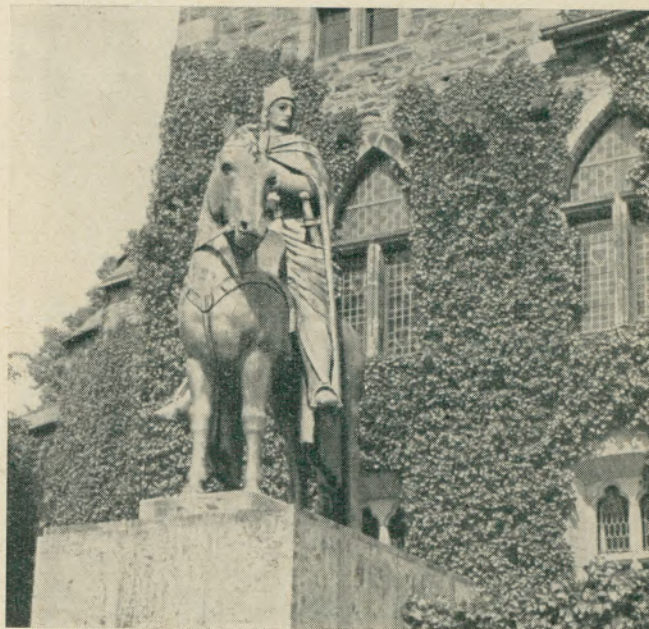
Im Anschluß an die Kundgebung der Arbeitgeberverbände von Nordrhein-Westfalen, an der über 2500 Unternehmer teilnahmen, schreibt das „Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung, Düsseldorf“:

„ . . . Je mehr freiwillige Disziplin staatliche Eingriffe unnötig macht, je mehr sich eine scharfe Kalkulation in allen Wirtschaftsstufen als Preispuffer für den Verbraucher erweist, um so stärker wird die Wettbewerbswirtschaft als die zweckmäßigste Form anerkannt werden. Kalkulieren in diesem Sinne heißt aber auch, um bequemer Gewinnchancen willen nicht von der Produktion notwendiger Güter abzugehen, nur weil die Gewinnchancen hier zu gering erscheinen.

Die Aufgaben des Unternehmers, die von außen her wirkenden Preiserhöhungen auszugleichen, verlangen Wagemut und Verantwortung, notwendige Eigenschaften eines echten Unternehmers. Das Risiko eines Verwaltungsbeamten, etwa das eines Disziplinarverfahrens, würde sich ebenso wenig als ausreichend erweisen wie der beschränkte Verantwortungswillen eines auf Staatsrente gesetzten Produzenten. Die gegenwärtigen Aufgaben erfordern die Zusammenarbeit der Sozialpartner. Je konkreter der Anlaß ist, desto sachlicher die Diskussion und um so wahrscheinlicher ein Erfolg. Auf der genannten Kundgebung wurde von einem der unmittelbar Beteiligten die sachliche und von hohem Verantwortungsbewußtsein getragene Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den gebildeten paritätischen Arbeitsausschüssen hervorgehoben. Das war wohl mehr als eine bloße Höflichkeit dem Verhandlungspartner gegenüber. Wem die Zusammenarbeit der Sozialpartner ernst ist, der wird solche Feststellungen nur begrüßen. Das erste Kommuniqué des gemeinsamen Ausschusses für Löhne und Preise schien recht vielversprechend zu sein. Beide Teile erklärten gemeinsam, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf eine gesunde Preis- und Lohnpolitik hinzuwirken. Die Vertreter der Gewerkschaften haben ungeschadet der noch laufenden Tarifverhandlungen anerkannt, daß eine Gesundung des Preisgefüges Hand in Hand mit einer entsprechenden lohnpolitischen Entwicklung gehen müsse. Heute, nach fünf Wochen, muß man mit einiger Sorge fragen, wieweit aus diesen Feststellungen Folgerungen für die Praxis gezogen worden sind. Man darf sich nicht täuschen: wenn diese paritätischen Ausschüsse nicht die Fähigkeit haben, unmittelbar und schnell kraft der Autorität

ihrer Mitglieder in der Praxis zu wirken, so läßt sich leicht der Tag voraussehen, an dem das Ansehen dieser Ausschüsse vertan ist.

Die Arbeitgeberverbände haben mit der Kundgebung erkennen lassen, daß es ihnen mit der Umsetzung wirtschaftspolitischer Erkenntnisse in die Betriebspraxis ernst ist. Wo es um den letzten Pfennig in der Kalkulation geht, müssen Deklarationen auf der obersten Führungsebene verpuffen, wenn sie nicht in das jeweils richtige Verhalten auf der Betriebsebene auslaufen. Die Richtung dieses Verhaltens ist abgesteckt: mehr und billiger produzieren, Verbesserung des Realeinkommens durch Produktionssteigerung. Die echten Unternehmereigenschaften, wie Risikobereitschaft und Verantwortungsbewußtsein, Initiative und Anpassungsfähigkeit, verbunden mit dem Willen zu einer Zusammenarbeit der Sozialpartner, sind hierfür günstige Voraussetzungen.



Ein beliebtes Ausflugsziel unserer Betriebe: Schloß Burg a. d. Wupper

# Betreuung der Kriegsoffer

*Zu diesem Problem, dem wir stets unsere ganze Aufmerksamkeit und Bereitschaft gewidmet haben, schickt uns Ingenieur H. Recke, Geschäftsführer des Reichsbundes Dortmund, einen Artikel über die geistig-kulturelle und ideelle Betreuung der Kriegsoffer, den wir nachstehend gern veröffentlichen, zumal er sich im allgemeinen mit der von uns geübten Praxis deckt:*

Wir leben in einem Zeitalter der krassen Ichsucht. Angst, Furcht, Not und Sorge um das tägliche Brot überdecken bei allzu vielen Menschen unseres Volkes die innerlich vorhandenen ideellen Anlagen und geistigen Werte, lassen diese verkümmern und nicht zur Auswirkung kommen. Wir laufen Gefahr, von dem grauen Elend unserer Tage, von dem ständigen Kampf um unser nacktes Dasein zermüht und aufgerieben zu werden. Die Gegenwart ist unschön, die Zukunft undurchsichtig. Die Masse unseres Volkes ist gleichgültig und lebt dem Augenblick. Der Einzelmensch entbehrt neben der materiellen Sicherstellung fast jeder geistigen, moralischen, sittlichen und ideellen Anregung und Hilfe.

In den Reihen der Kriegsoffer ist oft noch ein besonderes seelisches Moment zu beachten: das ist bei den Beschädigten mangelndes Selbstvertrauen, das Gefühl der Zurücksetzung und Nichtanerkennung infolge seiner Verletzungen — bei den Hinterbliebenen die Leere, Öde und Verlassenheit und zum Teil Hilflosigkeit infolge des Verlustes des Mannes, Vaters oder Sohnes.

Hier liegt eine der schönsten und vordringlichsten Aufgaben jeder Kriegsopferorganisation: Diesen Kameraden der beiden grausamen Kriege und ihren Hinterbliebenen die seelischen Wunden heilen zu helfen, ihnen den Willen zur Selbstbehauptung zurückzugeben, ihren Lebensmut und Lebenswillen zu stärken. Erst dadurch werden die Opfer des Krieges wieder zu vollgültigen Gliedern ihrer Familie, erst dadurch erwächst eine neue vollwertige Lebens-, Arbeits- und Berufsfreudigkeit.

Eine solche Aufgabe kann der Staat mit seiner Organisationsform und seinem Bürokratismus trotz vielleicht vorhandenem guten Willen niemals lösen; er wird stets befangen sein im

fiskalischen Denken und behindert werden durch die Enge der gesetzlichen Vorschriften. Dadurch ergibt sich für die Organisation der Kriegsoffer — in denen die Mitgliedschaft wie bei den Gewerkschaften eine freiwillige ist — eine zusätzliche Gemeinschaftsaufgabe von hoher volkspolitischer und sozialer Bedeutung. Denn es handelt sich bei dieser menschlichen Betreuungsarbeit um Millionen Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und deren Angehörige.

Eine der größten Kriegsopferorganisationen der Bundesrepublik, der „Reichsbund“, hat in dieser Hinsicht eine vorbildliche Erweiterung seines Aufgabengebietes vorgenommen: Über die rein rechtlich-materiellen Fragen hinaus die Betreuung der Kriegsoffer so auszurichten, daß in erster Linie das menschliche Los und Geschick, der Mensch selbst, seine ganze Persönlichkeit angesprochen und erfaßt wird. Es sollen die geistigen, seelischen, sittlichen und persönlichen Werte geweckt und gefördert werden, um den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen neues Lebensgefühl und Vertrauen zu sich und ihrer Umwelt zu schenken. Die Betreuung dieses Personenkreises wird nicht mehr haltmachen bei den versicherungs- und versorgungsrechtlichen, materiellen und finanziellen Dingen, sondern wird sich erstrecken auf alle Fragen des menschlichen Zusammenlebens, um die geistige und seelische Not zu bannen, die oft größer, tiefer und bedeutungsvoller ist als alles andere. In geistig-kultureller Hinsicht wird zukünftig für die deutschen Kriegsopfer noch mancherlei zusätzlich getan werden, um die Betreuung soweit wie nur möglich zu fassen: Leseabende, Musik und Gesang, Theater- und Filmbesuch, Heimatkultur, Heimatfahrten, Ferienaustausch usw.

Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit wird diese geistige und ideelle Gemeinschaftsaufgabe für die Kriegs- und auch die Arbeitsoffer herausgestellt werden, um die Bedeutung, Größe und Notwendigkeit dieses Problems der gesamten deutschen Öffentlichkeit gegenüber zu betonen und die Mithilfe und die Mitwirkung aller verantwortlichen und berufenen Kreise und Einzelpersonlichkeiten zu erlangen.

UNSERE

## Jugend

### Politische Zweckklügen

Der Jugendausschuß der Westfalenhütte veröffentlicht folgende Erklärung:

Die kommunistische Presse des Ruhrgebiets, unter ihnen die „Neue Volks-Zeitung“, veröffentlichte am 23. Mai 1951 auf der Titelseite einen Artikel mit der Überschrift „Jungmetaller reißen sich ein“ und der Unterüberschrift „Auch die jungen Kollegen der Westfalenhütte kommen zur Metallarbeiterjugend-Konferenz am 3. Juni“. In diesem Artikel wird u. a. erklärt, daß die jungen Kollegen der Westfalenhütte einen Brief an die jungen Kollegen der Eisenwerke Mülheim-Meiderich geschrieben hätten, in dem sie sich zu den sattsam bekannten Forderungen auf Lohn-erhöhung, Teuerungszulage, neue Urlaubsgestaltung und gegen die Remilitarisierung einsetzten.

Da in diesem Artikel bewußt und absichtlich von „den jungen Kollegen der Westfalenhütte“ gesprochen wird, um den Anschein zu erwecken, als handele es sich bei diesem Schreiben wirklich um eine Stellungnahme der Jugend der Westfalenhütte, erklären die unterzeichneten Mitglieder des Jugendausschusses der Westfalenhütte Dortmund AG, die die gesamte Jugend dieses Werkes vertreten, folgendes:

Es ist un wahr, daß „die jungen Kollegen der Westfalenhütte“ ein Schreiben an das Eisenwerk Mülheim-Meiderich gerichtet haben.

Wahr ist, daß sämtliche Jugendausschuß-Mitglieder erst durch die kommunistische Veröffentlichung von einem solchen angeblichen Schreiben erfahren haben.

Wahr ist, daß auf Befragen von seiten der Jugendausschuß-Mitglieder in den von ihnen vertretenen Be-

trieben kein einziger Jugendlicher ermittelt werden konnte, dem ein solches Schreiben bekannt ist oder der gar ein solches Schreiben unterschrieben haben sollte.

Wahr ist, daß die von den Mitgliedern des Jugendausschusses vertretene Jugend der Westfalenhütte keinesfalls an irgendeiner Kundgebung getarnter Organisationen und vor allem nicht an der sogenannten „Metallarbeiterjugend-Konferenz“ teilnehmen wird.

Wahr ist, daß bisher auch kein einziger Jugendlicher ermittelt werden konnte, der als Einzelperson — viel weniger als „Delegierter“ — an einer derartigen „Konferenz“ teilzunehmen gedenkt.

Am 28. Mai 1951 veröffentlichte die kommunistische Presse einen weiteren erlogenen Artikel unter der Überschrift „Jungmetaller zu kämpfen bereit“ und der Unterüberschrift „Die jungen Kollegen der Westfalenhütte erklären sich mit der Klönne-Belegschaft solidarisch“.

Wir als Jugendausschuß erklären hierzu:

Es ist un wahr, daß „die jungen Kollegen der Westfalenhütte“ eine Versammlung durchgeführt haben, um Delegierte zu der schon erwähnten „Konferenz“ zu wählen.

Es ist un wahr, daß die jungen Kollegen einen Brief an die Firma Klönne geschrieben haben.

Wahr ist, daß kein einziger Jugendlicher ermittelt werden konnte, dem von einer angeblichen Versammlung oder einem angeblichen Schreiben etwas bekannt ist, der

an einer solchen Versammlung teilgenommen oder einen Brief unterschrieben hat.

In einer Entgegnung zu obigen Feststellungen erklärte die „Neue Volks-Zeitung“ am 30. Mai 1951, daß „18 Kollegen“ der Westfalenhütte wirklich und wahrhaftig einen Brief unterschrieben hätten. — Wenn wir die Zahl 18 als wahr unterstellen, so wollen wir vergleichsweise feststellen, daß auf der Westfalenhütte mehr als 900 (neunhundert)

Jugendliche beschäftigt sind. Diesen beiden Vergleichszahlen braucht kein kommentiertes Wort mehr hinzugefügt zu werden, als: es gehört schon ein trauriger Mut dazu, sich bei 18:900 die Jugend der Westfalenhütte zu nennen.

Für den Jugendausschuß  
der Westfalenhütte Dortmund AG.:  
Fige Neukirch Soppa.

## Die Berechnung der Renten

Auf Grund wiederholter und vielfacher Anfragen geben wir nachstehend einige Fingerzeige für die Rentenberechnung aus der Sozialversicherung. Durchweg besteht besondere Unklarheit über den Begriff des Steigerungsbetrages. Hiermit ist derjenige Betrag gemeint, um den sich die jährliche — nicht etwa die monatliche — Rente für jeden Wochenbeitrag steigert. Die Höhe des Steigerungsbetrages ist also abhängig von der Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge. Wir beginnen mit der Rentenberechnung aus der Invalidenversicherung und bringen in der nächsten Ausgabe die Rentenberechnung aus der Angestellten- und Wanderversicherung.

### Grundsätzlich ist zu beachten,

daß alle Renten nur auf Antrag gewährt werden. Die Bürgermeisterämter und städtischen Versicherungsämter nehmen die Rentenansprüche entgegen und leiten sie mit den erforderlichen Unterlagen an die zuständige Landesversicherungsanstalt weiter. Die Anstalt berechnet auf Grund der geleisteten Beiträge die Rente und erteilt dem Rentenberechtigten einen beschwerdefähigen Rentenbescheid, aus welchem die Höhe der Rente ersichtlich ist.

### Invalidenversicherung

Die Invalidenrente setzt sich zusammen aus dem Grundbetrag von jährlich 156,— DM, aus dem jährlichen Steigerungsbetrag, der aus den geleisteten Beiträgen errechnet wird, und dem Kinderzuschuß.

Da seit dem 29. 6. 1942 für die pflichtversicherten Beschäftigten keine Beitragsmarken mehr verwendet werden, sind die jährlichen Steigerungsbeträge aus dem vom Arbeitgeber in die Quittungskarte zur Invalidenversicherung eingetragenen Bruttoarbeitsverdienst mit 1,2 % zu berechnen. Bei der Rentenberechnung blieb bisher ein Verdienst von über 3600,— DM jährlich unberücksichtigt.

Für die vor Inkrafttreten des SVAG (17. Juni 1949) geleisteten freiwilligen Beiträge und solche bei unständiger Arbeit, die durch Marken belegt werden, ist der jährliche Steigerungsbetrag für jeden Wochenbeitrag in der Lohnklasse I 8, II 14, III 20, IV 26, V 32, VI 38, VII 44, VIII 50, IX 56, X 65 Pfennig.

Für die nach Inkrafttreten des SVAG geleisteten Beiträge (Beitragsmarken) betragen die jährlichen Steigerungsbeträge für jeden Wochenbeitrag in der Lohnklasse I 6, II 12, III 18, IV 24, V 36, VI 48, VII 72, VIII 96, IX 120, X 156, XI 192, XII 240 Pfennig.

Nach dem SVAG wird zu den Invalidenrenten ein monatlicher Zuschlag von 15,— DM gewährt. Ferner wird der Betrag von 1,— DM monatlich für die Krankenversicherung der Rentner nicht mehr von der Rente einbehalten, so daß sich die Rente um insgesamt 16,— DM monatlich erhöht. Weiter ist im SVAG festgelegt, daß die Invalidenrente monatlich mindestens 50,— DM betragen muß. Je mehr

Beiträge entrichtet sind, desto höher wird die zu gewährende monatliche Rente.

Die Klassen vor und nach dem 1. 1. 1924 stehen für die Berechnung des Steigerungsbetrages einander gleich. Für Inflationsbeiträge vom 1. 10. 1921 bis 31. 12. 1923 werden keine Steigerungsbeträge angerechnet.

Ein wöchentlicher Steigerungsbetrag in Klasse II (alt) wird gewährt für die Zeit der Teilnahme am Weltkrieg 1914/18 sowie für die Erfüllung der aktiven Wehrmacht- oder Arbeitsdienstpflicht ab 1. 10. 1935. Voraussetzung ist, daß die Versicherung vorher bestanden hat und die Anwartschaft unmittelbar vor Ableistung des Weltkriegsdienstes bis zum Versicherungsfall erhalten ist.

Für die Zeit der Teilnahme am letzten Kriege bei der Wehrmacht werden Steigerungsbeträge nach der Klasse gewährt, in welcher der letzte Wochenbeitrag vor der Einberufung entrichtet worden ist. Im Zweifelsfall kann auch ein Beitrag zugrunde gelegt werden, der dem Durchschnitt der in den letzten 13 Wochen geleisteten Beiträge entspricht. Sind während der Kriegsdienstzeit noch freiwillige Beiträge entrichtet worden, so werden auch für diese Steigerungsbeträge gewährt. Eine Ausnahme bilden die Pflichtversicherten des öffentlichen Dienstes, für die das Gehalt während der Einberufung weitergezahlt worden ist. Für diese Personen werden nur die Steigerungsbeträge aus den Pflichtbeiträgen gewährt; für die Kriegsdienstzeit werden keine weiteren Steigerungsbeträge angerechnet.

Der Kinderzuschuß beträgt jetzt monatlich 15,— DM je Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Über das 18. Lebensjahr hinaus wird kein Kinderzuschuß bewilligt, auch nicht bei Berufsausbildung oder Besuch einer höheren Schule sowie bei Krankheit.

Die Witwen- und Waisenrente beträgt: Witwenrente: Grundbetrag 132,— DM jährlich zuzüglich fünf Zehntel des Steigerungsbetrages der Invalidenrente;

Waisenrente: Grundbetrag 84,— DM jährlich zuzüglich vier Zehntel des Steigerungsbetrages der Invalidenrente für jede Waise.

Nach dem SVAG wird zu den Witwenrenten ein monatlicher Zuschlag von 12,— DM gewährt, jedoch beträgt die monatliche Rente mindestens 40,— DM. Die Waisenrenten werden um 6,— DM, jedoch mindestens auf 30,— DM monatlich erhöht.

Die Witwen- und Waisenrenten dürfen jedoch nicht höher sein als die Invalidenrente einschl. Kinderzuschuß, die dem verstorbenen Versicherten im Zeitpunkt des Todes zugestanden hätte. Ergibt sich bei der Berechnung eine höhere Hinterbliebenenrente, so wird sie im Verhältnis zur Invalidenrente entsprechend gekürzt. Auf die Zuschläge, die nach dem SVAG gewährt werden, findet die Vorschrift, daß die Hinterbliebenenrente zusammen die Rente des Verstorbenen nicht übersteigen darf, keine Anwendung.

## Es lauert der Unfalltod!

In einem Hüttenwerk ereignete sich an einer Gichtstaub-Brikettierungsprelle des Hochofenwerkes ein tödlicher Unfall. Der an der Mischschnecke beschäftigte Arbeiter, welcher den Zulauf des Gichtstaubes und die Zusätze an Wasser und Lauge zu regulieren hatte, war auf die etwa  $\frac{1}{2}$  m hochliegende Abdeckung der Mischschnecke gestiegen. Das zur täglichen Reinigung der Schnecke angebrachte Staubschutzblech

war an der unteren Seite verschlissen, so daß es der Körperlast nicht standhielt und durchbrach. Der Arbeiter wurde von der Mischschnecke erfaßt und erlitt tödliche Quetschungen.

Darum: Vorsicht!

Auch Staubschutzbleche müssen genügend stark sein und auf Verschleiß kontrolliert werden!

## WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

*Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Mai ihr Dienstjubiläum feiern:*

### 50jähriges Dienstjubiläum

Bergander, Gustav      Elektrotechn. Abteilung

### 40jähriges Dienstjubiläum

Skeyde, Adolf      Elektrotechn. Abteilung  
Woyke, Karl      Elektro-Hilfsmeister  
Brinkmann, Arnold      Masch.-Abt. Hochofen

### 25jähriges Dienstjubiläum

|                    |                            |                     |                      |
|--------------------|----------------------------|---------------------|----------------------|
| Knoppek, Josef     | Drahtverfeinerung          | Bewermeier, Theodor | Betriebswirtschaft   |
| Schulz, Richard    | Versuchsanstalt            | Neuß, Heinrich      | Allgem. Fahrbetrieb  |
| Poly, Karl         | Hochofen                   | Schlegel, Walter    | Masch.-Abt. Hochofen |
| Mettemeier, Ludwig | Masch.-Abt. Walzwerk I/III |                     |                      |

*Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute*

## DER WERKSARZT SPRICHT

### Gibt es Brustkrebs auch beim Mann?

Ein Fall von Brustkrebs bei einem männlichen Belegschaftsmitglied gibt Veranlassung, dieses Thema hier kurz zu behandeln. Die Frage in der Überschrift ist damit schon beantwortet: es gibt einen Brustkrebs auch beim Manne. Die Brustdrüse, von der der Krebs ausgeht, ist nicht nur bei der Frau, sondern auch beim Mann angelegt, wenn sie hier auch einen wesentlich geringeren Umfang aufweist.

Wie macht sich nun der Krebs der Brustdrüsen bemerkbar? Es stellt sich zunächst eine knotige Verhärtung und Verdickung unter der Brustwarze ein, die nicht zu schmerzen braucht. Die Veränderung ist fast ausschließlich einseitig und zunächst weniger sichtbar als fühlbar. Im weiteren Verlauf sind die Veränderungen auch mit dem Auge erkennbar, dadurch nämlich, daß die unter der Haut arbeitende Krebsgeschwulst die Brustwarze häufig nach innen zieht, so daß diese im Vergleich zur gesunden Seite abgeflacht oder verzerrt aussieht.

Auf dieses Zeichen darf aber nicht gewartet werden. Jeder, der die obenbeschriebenen Verhärtungen oder Verdickungen

im Bereich der Brustdrüsen fühlt, muß sich unverzüglich in ärztliche Behandlung begeben. — Seltener tritt der Brustkrebs auch in einer anderen Form auf, wobei die Brustwarze oder der die Brustwarze umgebende pigmentierte Warzenhof eine langsam fortschreitende Entzündung aufweist, die über Wochen und Monate verläuft, wobei die Haut sich abschilfert und allmählich erst eine Verhärtung sich einstellt, die dann in der Tiefe um sich greift.

Die Gefahr bei verspätet einsetzender Behandlung besteht darin, daß sich im fortgeschrittenen Stadium Tochtergeschwülste bilden, die längs der Lymphbahnen in die Achselhöhle eindringen und von dort aus in den Brustraum einwachsen, wo sie operativ nicht mehr entfernt werden können. Die beschriebenen Erscheinungs- und Verlaufsformen des Brustkrebses beim Manne entsprechen im übrigen genau denen bei der Frau, so daß das Gesagte auch für den weiblichen Brustkrebs gilt. Bei allen noch so geringfügigen Veränderungen sollte der Arzt unverzüglich aufgesucht werden.

**Unfallschutz ist Gemeinschaftsarbeit!**

**Jeder einzelne muß dabei mitwirken!**

## Unfälle im Monat Mai

Im Monat Mai ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschl. Barop) 130 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 9 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

|                                      | Beleg-<br>schafts-<br>zahl | leicht           | schwer   | tödl.    | Summe            |
|--------------------------------------|----------------------------|------------------|----------|----------|------------------|
| Hochofen . . . . .                   | 598                        | 9 (13)           | —        | —        | 9 (13)           |
| Zementfabrik . . . . .               | 76                         | —                | —        | —        | —                |
| Thomaswerk . . . . .                 | 280                        | 3 (4)            | —        | —        | 3 (4)            |
| Martinwerk . . . . .                 | 487                        | 11 (11)          | —        | —        | 11 (11)          |
| Steinfabrik . . . . .                | 130                        | 3 (2)            | —        | —        | 3 (2)            |
| Phosphatmühle . . . . .              | 78                         | 1 (3)            | —        | —        | 1 (3)            |
| Kaliberwalzwerke . . . . .           | 1039                       | 19 (18)          | —        | —        | 19 (18)          |
| Blechwerk I/II . . . . .             | 366                        | 12 (21)          | —        | —        | 12 (21)          |
| Werk Barop . . . . .                 | 497                        | 19 (12)          | —        | —        | 19 (12)          |
| Breitbandwalzwerk . . . . .          | 149                        | —                | —        | —        | —                |
| Spez. Blechwalzwerk . . . . .        | 146                        | 3 (3)            | —        | —        | 3 (3)            |
| Preß- und Hammerwerk . . . . .       | 152                        | 5 (—)            | —        | —        | 5 (—)            |
| Werkstatt Stockeide . . . . .        | 36                         | —                | —        | —        | —                |
| Kaltwalzwerk . . . . .               | 286                        | 4 (4)            | —        | —        | 4 (4)            |
| Drahtverfeinerung . . . . .          | 339                        | 4 (1)            | —        | —        | 4 (1)            |
| Maschinenabteilung . . . . .         | 1265                       | 5 (13)           | —        | —        | 5 (13)           |
| Elektr. Werkstatt . . . . .          | 462                        | 3 (1)            | —        | —        | 3 (1)            |
| Mech. Werkstätten . . . . .          | 517                        | 6 (8)            | —        | —        | 6 (8)            |
| Eisenbahnbetriebe . . . . .          | 841                        | 11 (11)          | —        | —        | 11 (11)          |
| Baubetriebe . . . . .                | 445                        | 1 (3)            | —        | —        | 1 (3)            |
| Fahrbetriebe . . . . .               | 67                         | —                | —        | —        | —                |
| Versuchsbetriebe . . . . .           | 116                        | —                | —        | —        | —                |
| Sonstige Betriebe . . . . .          | 300                        | 1 (1)            | —        | —        | 1 (1)            |
| Lehrwerkstatt . . . . .              | 300                        | 7 (6)            | —        | —        | 7 (6)            |
| Sozialbetriebe . . . . .             | 353                        | 2 (2)            | —        | —        | 2 (2)            |
| Hauptverw.- u. Betr.-Angest. . . . . | 1321                       | 1 (1)            | —        | —        | 1 (1)            |
| <b>S u m m e</b> . . . . .           | <b>10646</b>               | <b>130 (143)</b> | <b>—</b> | <b>—</b> | <b>130 (144)</b> |
| Wegeunfälle . . . . .                |                            | 9 (8)            | —        | —        | 9 (8)            |

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Am 21. Mai 1951 besichtigte Gewerberater Brune die Unfall-schutzeinrichtungen des Bauhofes, des Thomasgebläsehauses, des Pumpenhauses, der Waagenwerkstatt, der Wäscherei, der Stahlwerkschlosserei, der Rohrschlosserei und der Stahlformerei.

Im Berichtsmonat wurden von uns die Unfallschutzeinrichtungen der Schreibmaschinenwerkstatt im Verwaltungsgebäude, des Walzwerkes III, des Drahtwalzwerkes, des Walzwerkes IV/V und des Hammerwerkes I besichtigt. An mehrere Betriebsabteilungen wurde der „Sicherheitslehrbrief für Kranführer und Anbinder“ verteilt.

### Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk:

A. Kahn, Thomaswerk  
W Frenz, Eisenbahn.

## Es kann vorkommen . . .

daß jemand zum erstenmal nach England kommt. Und bei dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen kommt das nun öfter vor. Es ist interessant, einen solchen Heimkehrer dann nach seinen Eindrücken zu fragen.

H. B. war jetzt in England. Er hat fraglos demokratische Neigungen. Ich fragte ihn bei seiner Rückkehr nach diesem und jenem.

„Den größten Eindruck“, so sagte er, „hat auf mich gemacht, wie die englischen Menschen im täglichen Leben fair und vernünftig sind. Zum Beispiel an den Bus-Haltestellen. Da reihen sie sich hintereinander auf, keiner würde sich vordrängen, und alles spielt sich schnell und reibungslos ab. Ob 10 oder 20 verschiedene Linien am Stopp halten — immer geht der zuerst hinein, der zuerst gekommen ist. Das ist eben wirklich ein demokratisches Volk!“

Mein anderer Nachbar dachte einige Zeit nach, dann sagte

er: „Das Beispiel hinkt aber wirklich. Das hat doch mit Demokratie nichts zu tun. Bei uns ginge es genau so glatt zu, wenn die Polizei anordnen würde, daß man sich anstellen muß!“

Da kann man nichts mehr sagen.

Als ich Norwegen besuchte, mußte ich in Oslo von einem Bahnhof zum anderen, wie etwa der Dortmunder Hauptbahnhof vom Südbahnhof entfernt ist. Auf Grund der vielen Eindrücke vergaß ich an der Straßenbahnhaltestelle meinen Koffer. Ich bemerkte das erst, als ich am anderen Bahnhof angekommen war. Ich fuhr sofort zurück und — fand meinen Koffer einsam und verlassen an der Haltestelle stehen. Er stand eine halbe Stunde ohne Aufsicht. — Auch das würde bei uns vielleicht ebensogut gehen, wenn — auf dem Koffer ein Schutzmann säße.

Was meinen Sie?

Jahrgang 11 - Nr. 5

Preis: 2,- Febr. 1951

# WELT DER ARBEIT

WOCHENZEITUNG DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDS

Ausgabe Nordrhein-Westfalen

Preis 20 Pf

Dem Manne ist kein Berg zu  
helle Diamanten - Man

Moskau registriert - Jugendschutz torpediert - Sch

che Melodien - Parole Kapstadt - Aus

Die sehr gute und reichhaltig illustrierte Wochenzeitung wird jedem empfohlen. Sie wird unseren Kollegen durch die Betriebsräte und Vertrauensleute im Betrieb zugestellt. Der monatliche Abonnementspreis wird den Bestellern von der Lohn- bzw. Gehälterkasse abgehalten. Rund 2000 Kollegen haben in den letzten Wochen die hervorragende Familienzeitschrift bestellt! Interessenten wenden sich an das Büro der Betriebsvertretung, das gern nähere Auskunft erteilt.

## Sportliche Großveranstaltung

Am 8. Juli, Beginn morgens 9 Uhr, veranstaltet der FREIE DEUTSCHE TURNERBUND E.V. in unseren Sportanlagen an der Lünener Straße die Austragung der Kreismeisterschaft des Kreises Dortmund. Die Meisterschaften werden in sämtlichen Sportarten ausgetragen. Die Teilnahme von 1000 aktiven Sportlern ist gesichert.

Die Meisterschaftskämpfe werden um 15 Uhr durch einen Festzug unterbrochen, der von der Kampfbahn aus durch folgende Straßen führt: Robertstraße, Oesterholzstraße, Borsigplatz, Borsigstraße, Stahlwerkstraße, Eberhardstraße, Hirtenstraße, Flurstraße, Kampfbahn. Der Eintrittspreis ist mit 0,20 DM sehr niedrig gehalten.

## Betriebsausflüge

Mit dem beginnenden Sommer hat eine ganze Reihe Betriebe und Abteilungen ihre Ausflüge durchgeführt, die zum Teil ins immer wieder schöne Sauerland, aber auch in die Bergische Schweiz und in den Ittelter Märchenwald führten. Die Stimmung war — wo Walzwerker zusammen sind, ist immer „etwas los“ — immer gut. Wie könnte es anders sein. Soweit es eben möglich war, statteten Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke den Ausflüglern einen kurzen Besuch ab. Die Ausflüge, an denen auch die Frauen teilnehmen, steigern in hervorragendem Maße die bei uns altbewährte Kameradschaft und das Gefühl echter Zusammengehörigkeit.

## Kameradschaftsabende

Hierin gehören auch die Kameradschaftsabende, die andere Betriebe und Abteilungen in unserer Werksschenke durchführten und die bei bunten Programmen und spritzigster Laune frohe Stunden der Freude und Entspannung brachten. An allen Abenden nahmen Mitglieder des Vorstandes und der Betriebsvertretung teil.

## Ausflug der Schwerbeschädigten

Am Sonnabend, dem 14. Juli 1951, findet für die Schwerbeschädigten der Westfalenhütte ein Ausflug statt. Abfahrt 12 Uhr, Eingang III. Das Fahrtziel ist Iserlohn-Alexanderhöhe. Um eine genaue Übersicht der Teilnehmer zu ermitteln,



In den sonnigen Wäldern des Sauerlandes

wollen sich alle Kollegen, welche an diesem Ausflug teilnehmen, beim Kollegen Eilebrecht (Soz.-Abt., Telefon 5122) melden. Meldeschluß am 5. Juli 1951.

## Schwerbeschädigte

Unser Schwerbeschädigtenobmann Karl Ahrens wurde in der Sitzung sämtlicher Schwerbeschädigtenobleute der Großdortmunder Betriebe einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt. Erfreulich war, daß in der Sitzung wiederholt — auch von Behördenvertretern — die vorbildliche Leistung unserer Westfalenhütte für die Schwerbeschädigten betont herausgestellt wurde.

## Land- und Pensionsaufenthalte

Unsere nächsten Land- und Pensionsaufenthalte sind:  
Münsterland: 19. Juni, 3., 17. und 31. Juli,  
Sauerland: 20. Juni, 4. und 18. Juli, 1. August.

## Bücherei geschlossen!

Die Werkbücherei bleibt wegen Bestandsaufnahme in der Zeit vom 2.—14. Juli 1951 geschlossen.

## Das neue Lohnabkommen

Das im Mitteilungsblatt Nr. 4 veröffentlichte neue Lohnabkommen ist hinsichtlich der Zugehörigkeit der Facharbeiter zu den Lohngruppen in vielen Fällen mißverstanden worden. Wir sehen uns daher veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Bei der im August 1949 durchgeführten Eingruppierung der Belegschaft sind sämtliche Facharbeiter in die Tariflohngruppe III eingestuft worden. Die tarifliche Zulage beträgt also für alle Facharbeiter unabhängig davon, ob der Grundlohn 1,15 DM, 1,20 DM oder 1,25 DM beträgt, einheitlich 14 Pfennig.

In die Tariflohngruppe I sind lediglich die Vorarbeiter eingestuft worden.

## Konzerte im Grünen

Bei günstiger Witterung findet in der Sport- und Erholungsanlage jeden Donnerstag von 19—21 Uhr sowie sonntags wechselweise von 11—13 Uhr und 16—20 Uhr ein Konzert des Werksorchesters statt. Eintritt 0,20 DM, für Kinder 0,10 DM.

## Vom Menschen

Die Menschen suchen ihr Glück, ohne zu wissen, auf welche Art sie es finden können: wie Betrunkene ihr Haus suchen, im unklaren Bewußtsein, eins zu haben.

Voltaire

\*

Die Menschen übertreiben niemals so sehr, als wenn sie verachten oder bewundern. Zwischen Bewundernswertem und Verachtenswertem scheint es keine Mitte zu geben.

Montesquieu

\*

Es ist immer ein Zeichen von Mittelmäßigkeit, wenn ein Mensch nicht aus vollem Herzen loben kann.

Vauvenargues